

Die „Böllmar“
erscheint täglich Nachmittag außer
Sonntag und ist durch die
Gesellschaft, Nr. 10 Graupenstr. 58,
durch die Post und
durch Telephon zu bezahlen.
Preis vierpfennig bis Mr. 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Postzettelnummer Nr. 8170.

Telephon
Nr. 451.

WIRTSCHAFT

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkähnige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Selbstverhandlung
berichtet über die eingehenden
Verhandlungen über den Preis
zu Sonntags für die Bevölkerung und
Versammlungen angezeigt
10 Pfennige.
Anserate bis Sonntag 10 Uhr haben
Expedition abgegeben werden.

Nr. 18

Donnerstag, den 22. Januar 1903.

14. Jahrgang.

Erläuterung.

In der heutigen Sitzung des deutschen Reichstages ist durch den ersten Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ein die durch die Verfassung garantierte Redefreiheit der Abgeordneten vernichtender Gewaltakt verübt worden, gegen den wir im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion hiermit öffentlich Protest erheben, nachdem der Redner, Parteigenosse v. Bollmar, vergeblich versucht hat, in der Sitzung sein Recht zu wahren.

Der Redner beabsichtigte im Laufe seiner Erstredere die verleidenden Anerkennungen zur Sprache zu bringen, die der Kaiser in seinen bekannten Reden in Essen und Breslau im Dezember v. J. gegen die deutsche Sozialdemokratie geschleudert hat. Das zu thun hatte Bollmar nach den bisherigen, durch den Präsidenten Herrn Grafen v. Ballestrem selbst im Reichstage eingebürgerten Regeln volles Recht.

Der Präsident, Herr Graf v. Ballestrem, hat in den Sitzungen des Reichstages vom 21. Januar 1899, ferner vom 21. Juni 1899 und endlich vom 12. Dezember 1899 ausdrücklich erklärt, daß er eine Versprechung kaiserlicher Reden in angemessener Weise, sobald sie authentisch, z. B. durch den „Reichs-Anzeiger“ bekannt geworden seien, zulassen werde.

Obwohl nun die Reden in Essen und in Breslau im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht worden sind, und obwohl Bollmar auf Einwendung des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ausdrücklich erklärt hatte, er werde den Fall Krupp, mit dem jene Reden in Verbindung stehen, mit keinem Worte erwähnen, sondern sich ausschließlich auf die Kritik der gegen die sozialdemokratische Partei gerichteten Beschuldigungen des Kaisers beschränken, so ließ der Präsident diese Kritik nicht zu.

Dieser Willkürakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, ist um so unerhörter, als er es in der Ordnung stand, daß sowohl in der gestrigen als in der heutigen Sitzung des Reichstags das Swinemünder Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten von Bayern, das im „Reichs-Anzeiger“ nicht veröffentlicht worden ist, in der gründlichsten Weise erörtert wurde, insbesondere auch durch den Zentrums-Abgeordneten Dr. Schädl.

Da die Geschäftsordnung des Reichstages keinen Weg bietet, diesen nur bei Kenntnis der Geheimgeschichte des Falles Krupp verständlichen Gewaltakt des Präsidenten, Herrn Grafen v. Ballestrem, im Reichstage selbst zur Erörterung zu bringen, so wenden wir uns an die Öffentlichkeit. Wir überlassen dem deutschen Volke, über dieses durch den Präsidenten des Reichstages auf die Redefreiheit der Abgeordneten verühte Attentat das Urteil zu fällen.

Berlin, den 20. Januar 1903.

Zum Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages.

Der Fraktionsvorstand:
Bebel. Meister. Pfannkuch. Singer.

Der Gewaltakt Ballestrems

findet in der gesamten Presse eine mehr oder minder scharfe Beurteilung. Wir müssen uns darauf beschränken, einige wenige Preisaufmerksame kurz wiederzugeben. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt unter der Überschrift:

Ballestrem, Diktator.

Der Präsident des Reichstages, Graf Ballestrem, hat gestern bei Redefreiheit im deutschen Parlament das Grab geöffnet. Nachdem er bereits in den letzten Tagen und später im Zollampfe die schärfste Kritik gegen seine Geschäftsführung herausgefordert hatte, hat er gestern dem sozialdemokratischen Abgeordneten v. Bollmar verboten, zwei im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte kaiserliche Kundgebungen zu trüffeln, nachdem er am Tage zuvor dem Zentrumsabgeordneten Dr. Schädl er gestattet hatte, die nicht im „Reichs-Anzeiger“ abgedruckte Swinemünder Debatte des Kaisers in den Kreis seiner Erörterungen zu ziehen. Dieses Vorgehen des Präsidenten rief gestern im Hause einen nur

zu berechtigten Entzerrungssturm der Sozialdemokraten hervor, der an die schlimmsten Tage aus den Zollämpfen erinnert. Allen Hinweisen des Redners auf das Unsachliche, Unlogische des präsidialen Verfahrens hielt Graf Ballestrem die Behauptung entgegen: Es handelt sich um eine private Angelegenheit und die lasse ich nicht diskutieren. Es war interessant, die beiden Gegner zu beobachten: während Graf Ballestrem zuerst mit geprägter Stimme sprach und schließlich in einen Zustand höchst frecher Erregung geriet, blieb Herr v. Bollmar vollkommen ruhig; mit klarer Stimme brachte er seine sachlichen Einwendungen gegen das gänzlich unverständliche Verhalten des Präsidenten vor. Er bemühte sich, im Verein mit älteren Fraktionsgenossen, die Ausbrüche der gerechten Empörung der jüngeren zu dämpfen.

Und Graf Ballestrem stand mit seiner Ansicht isoliert. Selbst die „Nationalliberale Korrespondenz“ stellt fest, daß seine Weigerung im ganzen Hause das äußerste Verbrechen erregt hat. Auch am Bundesratshaus hatte man die Ablehnung jeder Diskussion über die Kruppsreden des Kaisers nicht erwartet. Die hochehende politische Erregung und Bewegung, die sich an die kaiserlichen Kundgebungen aus Anlaß des Falles Krupp gehaftet haben, die das deutsche Volk bis in die tiefsten Tiefen erregt haben, und die nächst dem Zollampfe das wichtigste innerpolitische Ereignis des vergangenen Jahres gewesen sind, erklärt Graf Ballestrem für eine private Angelegenheit des verstorbenen Großindustriellen Krupp!

Durch die gestrige Etablierung der Präsidialdiktatur ist es den Vertretern von 2½ Millionen deutscher Arbeiter, deutscher Wähler unmöglich gemacht worden, sich gegen Beleidigungen wie „Ehrende“ &c. von dem einzigen Orte aus verteidigt zu sehen, an dem bisher noch ein offenes Wort gesprochen werden konnte, von der Tribüne des deutschen Reichstages aus! Zu dem Majestätsbeleidigungs-Paragrafen in der Hand des Staatsanwalts gesellt sich das diktatorische Befehl des Präsidenten der Volksvertretung. Schwerer könnte das Aufladen des Reichstages nicht getroffen werden, als es gestern durch den Grafen Ballestrem geschehen ist, der das heiligste Palladium des Parlaments, die Redefreiheit, vernichtet hat. Noch entbehrt das Haus der Furcht. Wir schlagen vor, die Worte an die Giebelwand des Wallstraße-Palastes zu schreiben:

Hier gab Franz Graf v. Ballestrem, Präsident des deutschen Reichstages, der verfassungsmäßig gewährleisteten Redefreiheit der Vertreter des deutschen Volkes den Todesstoss am 20. Januar 1903.

Selbst die konservative „Tägliche Rundschau“ empfand vor dem präsidialen Vorgehen ein gelindes Grausen:

„Der deutschen Reichstag hat sich heute ein hässlicher Zwischenfall begegeben: Graf Ballestrem hat es dem Abgeordneten v. Bollmar unmöglich gemacht, die beiden Kaiserreden von Essen und Breslau, die sich doch gewiß offen und unverschleiht gegen die Sozialdemokratie gerichtet hatten, im Rahmen der Etatsberatung zu besprechen. An gewohnter Stätte finden unsere Leser die Schilderung des Einbruchs, den das präsidiale Vorgehen im Hause hervorrief; des Hin und Her der Wechsrede zwischen Präsident und — wir finden keinen anderen Ausdruck — Gemahrgelten; des immer von neuem von den sozialdemokratischen Bänken aufwallenden Grinsens, der doch in Erinnerung schlimmer Erfahrungen vor einem Turm zurückfießt und (man wird ein gewisses Gefühl des Respekts nicht los) der vornehmen Ruhe, die der aristokratische Sozialdemokrat dem von Entgegngang zu Entgegngang erregter werdenden Präsidenten entgegengesetzt...

Die Kaiserreden von Breslau und Essen sind durch Anschläge bekannt gemacht worden; auf Anordnung beamter und behördlicher Organe hat man sie in Kallen und staatlichen Büros öffentlich ausgehängt. Und die sollten nicht öffentlichen Angelegenheiten gegolten haben; das sollten höchstens unverbindliche Privatmeinungen sein! Als aber gestern der Domkapitular Schädl mit breitem Werthschwall dem Präsidenten des Deutschen Reichs das von keinem „Reichs- und Staatsanzeiger“ veröffentlichte Swinemünder Telegramm vorholt, da läßt Graf Ballestrem dem wohlgefällig zu und heute, ja heute fordert er zur Erklärung solchen Widerworts buchstäblich keine andere Antwort als die historische Auskunft Junfer Alexanders. Von den sozialdemokratischen Bänken ist das böse Wort „Parteidiktator“ heute wieder zum Präsidentenstuhle eingeschlittert; aber auch die „Nationallib. Korresp.“ sieht das gestern geübte Verfahren der Präsidenten von heute nachdenklich gegenüber. Der Gegensatz ist, wie gesagt, so gress, daß es einem schwer wird, allen Verdacht zu bannen.

An leitender Stelle erörtern wir die politische Tragweite jenes unbegreiflichen Verbotes, das Graf Ballestrem gestern in schroffem Widerspruch zu seiner bisherigen Haltung gegenüber den kaiserlichen Reden erlossen hat. Der liberalste Haupt des Grafen v. Bollmar um sein unbefreibares Recht, eine kaiserliche Kundgebung gegen die Sozialdemokratie vor dem Hause der Volksvertretung zu erörtern, endigte zwar mit dem Sieg der präsidialen Autorität, aber die Szenen, die diesen Kampf begleiteten, die leidenschaftlichen Zwischenzüge, die jede einzelne Aussicht des Präsidenten, jeden Tag des Abg. v. Bollmar stürmisch umstritten, überraschen nicht nur die Erinnerung an die verschlossenen Tage des wüstesten und häßlichsten Zollampfes berauf, sie zeigten auch, über welch gefährlichen Abgründen die präsidiale Entscheidung schwiebt. Und man weiß nicht, was heute und was morgen noch werden mag, denn es ist ähnlich anzusehen, daß die Sozialdemokratie den Kampf nicht ohne weiteres verloren geben, sondern immer wieder versuchen wird, die Breslauer und die Essener Kaiserreden im Reichstage zur Sprache zu bringen.

Der Bormais wird ein paar Tage glänzende Geschäfte mit dem Einzelverkauf machen; schon jetzt geht es uns in den Ohren, wie sie morgen wieder straßen, straßen den hochinteressanten Artikel „Vorwärts“ über die „Münznotmachung“ ausbrüllen werden; die sozialdemokratische Agitation wird frische Zufuhr und neuen Anteil erfahren. Das wird dann aber auch wieder alles sein; etwelchen Nutzen werden Kaiser und Reichstag nicht ziehen, weder die Person, noch die Institution.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ ist bestens geworden:

Der Präsident, er, der sonst mit größter Ruhe und Besonnenheit die Geschäfte des Hauses leitet, war schon von Anbeginn

bar etwas nervös und sprach sich während der Diskussion mit dem Abgeordneten v. Bollmar bedauerlicherweise in immer größere Erregung hinein, berort, daß er einige Einwürfe des Redners wohl angeblich nicht genau auffaßte. Vielleicht waren ihm auch die Kundgebungen, die der Abgeordnete v. Bollmar im Auge hatte, nicht völlig im Gedächtnis, da er sonst wahrer ist, daß die Debatte nicht so enge Grenzen gezogen hätte, wie er es tat, ohne daß er dabei seiner Absicht, den „Fall Krupp“ im Reichstage nicht aufrollen zu lassen, hätte Eintrag tun müsste. Verhältnis hat er schließlich doch nicht, was der Abgeordnete hatte sagen wollen.“

Die letzte Behauptung ist sehr kühn, Bollmar hat eben nicht sagen dürfen, was er sagen wollte.

Die „Kreuzzeitung“ sagt: „Die unglaubliche Stellung des Präsidenten zu der Beprechung des Kaisertelegramms und an der Krupp-Angelegenheit läßt sich schwer rechtfertigen. Am besten wäre es freilich, wenn, wie früher, eine Kritik kaiserlicher Kundgebungen überhaupt nicht zulässig wäre.“

Die „Nationalzeitung“ führt aus: „Sollte längere Zeit ein derartiges Verfahren als statthaft anerkannt werden, so würde die Volksvertretung aufhören, daß wichtigste Organ der öffentlichen Meinung zu sein, und zu einem bloßen Apparat für das Herstellen von Gesetzen und Etsats herabstufen. Für die gestrige Beleidigung des Majestätsvertrages ist es freilich, wie er bei der Beratung des Antrags Karlsruhe vorgebracht worden sei.“

Der „Vorwärts“ erinnerte an die schweren Vorwürfe des Kaisers gegen die Sozialdemokratie, an die Worte von der niederrächtigen und gemeinen Art, von dem durch die Sozialisten rücksichtlos ausgebütteten, terrorisierten und geknechteten Massen und sagt dann:

Diese politischen Kundgebungen erregten das ganze Reich, die ganze deutsche Bevölkerung. Es waren die schrecklichsten Anklagen, die je gegen die Sozialdemokratie erhoben worden waren. Es waren Entfremdungen, durch welche auf die deutschen Parteiverhältnisse eine entscheidende Einwirkung geübt werden sollte.

Und jetzt dürfen diese Reden im Reichstag in einem Worte erwähnt werden!

Der Reichstags-Präsident erläutert diese Reden beträger, keine öffentliche Angelegenheit und entzieht sich deshalb der Beprechung im Reichstage.

Der Präsident des Reichstages ist sich bewußt, daß im ganzen Reihe niemand seine Begründung als berechtigt anerkennen wird.

Der Präsident handelt gegen alle offensichtlichen Tatsachen, gegen allen Verstand.

Der Präsident handelt gegen alle feierlichen Erklärungen, die er selbst früher über die Behandlung der Kaiserreden gegeben.

Warum erhölt der Präsident die eigene Überzeugung? Warum unterdrückt er die Stimme des eigenen Gewissens? Warum verbietet er die eigenen Versprechungen? Warum begeht er die ungeheureste Vergewaltigung der Redefreiheit des Parlaments?

Warum? Diese Frage erhebt sich und sie wird allüberall in der deutschen Bevölkerung erhoben werden, und immer dringlicher wird sie um sich greifen.

Es soll in der Volksvertretung das offene Wort über die Krupp-Angelegenheit und die Kaiserrede von Essen und Breslau verhandelt werden. In geheimen werden die Geschichten gehen und im geheimen wird das Volk Antwort suchen auf die unabwendbar sich answingende, unebliche Frage: Warum das Opfer des Intellekts, warum der Rechtsbruch der Volvergewaltigung? Welche Geheimnisse bergen sich hinter der Krupp-Tragödie, daß jedes öffentliche Wort darüber erfasst werden muß?

Graf Ballestrem und die Kaiserreden.

Das vom Grafen Ballestrem geübte Verbot, die Kaiserreden von Essen und Breslau im Reichstage zu besprechen, erhält erst seine vollständige Kennzeichnung durch die Erinnerung an die Erklärungen, die Graf Ballestrem selbst bei früheren Anlässen über die Behandlung von Kaiserreden im Reichstage gegeben hat.

Dr. Wiemer wies in der Sitzung vom 21. Januar 1899 auf die Deurbauers Rede des Kaisers hin, welche eine Suchthausvorlage ankündigte. Darauf Präs. v. Ballestrem:

„Ich werde keinen Redner hindern, Reden Seiner Majestät des Kaisers oder eines der höchsten und hohen Beamten hier bei den Erörterungen zu erwähnen; jedoch, meine Herren, setzt dieses voraus, daß die Reden dieser höchsten und hohen Personen dem Reichstage authentisch bekannt geworden sind. Unter „authentisch“ verstehe ich, entweder, daß sie uns auf geschäftsordnungsmäßige Weise gegeben, wie zum Beispiel die Thronrede oder andere ähnliche Kundgebungen des Kaisers ähnlicher Art, oder daß sie im „Reichs- und Staats-Anzeiger“ ihrem Wortlaut nach veröffentlicht sind.“

Sitzung vom 21. Juni 1899:
Aba. Rössle-Dessau: Meine Herren, der Kaiser hat damals in Bielefeld diese Worte gesagt unter dem Eindruck dessen, was er gehört hatte und was ihm mitgeteilt war.

Präsident: Ich bitte den Herrn Redner, Neuerungen des Monarchen, die uns nicht beglaubigt zugegangen sind, nicht in den Bereich seiner Aussführungen zu ziehen. Ich habe das schon frühzeitig gesagt.

Aba. Rössle-Dessau: Ich darf den Herrn Präsidenten darauf aufmerksam machen, daß, wie mir innerlich ist, er seiner Zeit nur die Meinung vertreten hat, daß Neuerungen Sr. Mai. des Kaisers, die nicht in einem amtlichen Organ publiziert worden sind, hier nicht zur Sprache gebracht werden dürfen. Diese Rede, von der ich spreche, hat im „Reichs- und Staats-Anzeiger“ gestanden und ist in den „Königlich Preußischen Staats- und Deutschen Reichs-Anzeiger“ sogar erst aufgenommen worden, nachdem die Veröffentlichung der „Politischen Telegraphen-Bureau“ stattgefunden hatte.

Präsident: Da... etwas anderes. Dann kann si

W. Sieber eröffnet bei der Staatsrede am 12. Dezember 1899 die Rede des Kaisers am 18. Oktober 1899 im Prinzipaltheater des Hamburger Rathauses.

Reichskanzler Hohenlohe legte Verwahrung ein gegen die geübte Kritik an der Rede des Kaisers.

Präsident v. Bülow: "Meine Herren, ich habe schon früher erklärt, daß bezgl. Reden S. Majestät, welche in anderer Form, also im Deutschen Reichs- und Preußischen Staats-Anzeiger verfaßt werden, eine passende Verführung in den Ausführungen der Reichstags-Mitglieder nicht verworfen werden kann. Ich würde der hohen Bedeutung, welche der deutsche Kaiser für politischen Leben einstirbt, gieben nahe zu treten, wenn ich den bedeutenden Verherrungen, die derselbe tut, nachdem sie in authentischer Form bekannt worden sind, eine so geringe Wichtigkeit beizumessen würde, daß ich sie hier nicht erwähnen ließe. (Sehr richtig.)"

Natürlich muß dies in passender Form geschehen und ich kann nur erklären, daß der Herr Vorsitzende diese Form nach meiner Ansicht drobachtet hat. (Sehr richtig!)

Das wollte ich den Worten des Herrn Reichskanzlers gegenüber sagen."

Richter wird schwach.

Der Richter hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, die sich durch ihren lauen und flauen Verlauf sehr zu ihrem Nachteil von der bewegten Dienstagsitzung unterschied. Keiner der bürgerlichen Redner, die zu Worte kamen, wagte mehr als ganz, ganz leise wider die Maulspere zu murren, die der Graf Ballhausen, der zum geschmeidigen Höfling gewordene, einst so steifnägige Junker, selbstherrlich über die Vertretung des deutschen Volkes zu verbängen suchte.

Herr Richter scheint alle seine Kraft in der Ausübung seines Berufs als Syndikus der Vollmehrheit verbraucht und verpufft zu haben; wenn er aber von diesem Amt ohne Pension entbunden ist, macht er den Eindruck eines Mannes, der sich selbst ziemlich unruhig auf der Welt vorstellt. Eine im einzelnen zutreffende, im ganzen mehr als schwache Kritik an dem Finanzgebaren der Regierung, ein paar alte Ladenhüter von schlechten Wissen: ganz vereinzelt ein leidlich guter Wis., wie der über die Kreuzer-Tanzhusaren: das alles mit einer lauen Brühe überzogen, mußte die Erstredere eines bürgerlichen Oppositionsführers vorstellen.

Richter stand ebensoviel wie sein Leiborgan, die "Freiähnige Zeitung", auch nur ein Wort gegen das gräßliche Attentat auf die Redefreiheit. Es war bezeichnend, daß der "volks"parteiische Führer keinen Daumenfall bei der Zentrumspartei fand.

Die angedrohte Abrechnung, die der alte Gründer v. Raddorff mit dem Bunde der Landwirte hielt, fiel ebenso flau aus, wie die Richter'sche Oppositionsrede. Der Sehnsuchtschrei nach einem kleinen Sozialrechtsgebot wird von Sturms sel. Erden zu oft ausgezögert, als daß er noch irgendwie Beachtung findet. Romisch nahm es sich aus, wie Herr v. Raddorff einen großen Teil seiner Rede an den bilden Dertel, der unmittelbar vor ihm saß, rückte und dabei fröhhaft seinen Blick auf die weiße Weste seines überaggrativen Kollegen gebannt hielt. Am besten wirkte noch der freifinnige Vereinigungsmann Schröder und - Liebermann v. Sonnenberg. Auch der Reichskanzler ergüßt wieder das Wort, um sich in nicht ungeschickter Weise mit den Abgeordneten Raddorff, Richter und Liebermann auseinanderzusetzen.

Politische Übersicht.

Eine tüchtige Schlappe für das Zentrum bedeuten die Gemeindewahlen in Offenburg in Baden. Dorfmeier in der dritten Klasse die Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Nationalliberalen über das Zentrum. Die Sozialdemokraten erhielten von den 28 Sitzen 15. Sie hatten vorher nur einen Vertreter. Außerdem wurden neu gewählt neun Demokraten und

einer Nationalliberalen. — Ueberall erhält das Zentrum jetzt die Quittung für sein wuhferfreudiges Geboren in den Kolläpfen.

In Berghausen bei Durlach wurde bei den Bürgerausschusswahlen in der dritten Klasse die sozialdemokratische Liste mit 71 gegen 56 Stimmen, welche auf die Liste der Rathauspartei entfielen, gewählt.

Endlich „ein schlichter Mann aus der Werkstatt“ als Reichstagskandidat. Im 2. Hamburgischen Wahlkreis fand Montag die Jahreshauptversammlung der Deutschsozialen im Bünnow-Tunnel statt. Nachdem der Vorsitzende, Herr Henning, den Jahresbericht erstattet, kam man zur Aufstellung eines Reichstagskandidaten. Es wurde beschlossen, Herrn Kärtnerarbeiter Carrel aufzustellen. Herr Carrel, Vorsitzender der Gewerkschaftlichen Vereinigung der Kärtnerarbeiter, die zum Deutschnationalen Arbeiterbund gehört, war in der Versammlung anwesend und nahm die Kandidatur an.

Im edlen Wettbewerb um die Gunst hoher und höchster Herrschaften ist damit die Kaiserlich freimaurige Volkspartei durch die Amtsemiten glücklich aus dem Felde geschlagen.

Hoffentlich vergiebt ob dieser neuen Mār die „Presl-Ztg.“ keine Tränen.

Die Hamburger Genossen aber werden sich wegen des antisemitischen „schlichten Arbeiters“ als Reichstagskandidaten gehörig ins Lächeln lachen und ihm und seinem Klüngel am entscheidenden Wahlgang einen würdigen Durchfall bereiten.

Die Staatsberatung im Reichstage soll Donnerstag Abend zu Ende gehen. Der Budgetausschuß wird sodann einzelne Spezialabstimmungen und Teile von solchen überweisen werden. Die Budgetabstimmung wird vielleicht noch in dieser Woche, spätestens aber anfangs nächster Woche, ihre Beratungen aufnehmen. Nach der ersten Sitzung des Hauses wird das Plenum sich mit den Gesetzestexten betr. gewerbliche Kinderarbeit und betr. Phosphor, z. n. d. waren, beschäftigen.

Das Reichsgegenfeindthämt ist gegenwärtig mit Untersuchungen über die Gültigkeit der Verordnung von schweizer Säure zur Konkurrenz von Nahrungsmitteln beschäftigt.

Die Petitions-Kommission des Reichstages fasste den Beschluß, die Petition des Textilarbeiterverbandes, betreffend Eintritt des gebündigten Maximalarbeits-tages und Errichtung von Arbeitersammeln, zum Teil dem Reichstag zu Erwiderung, zum Teil zur Berücksichtigung zu überwirken.

Der Todesbrief kommt nicht zur Ruhe. In einer Zeitung an das „Vor. Tagebl.“ teilt der Vater des Leutnants von Breitenbach mit, daß dieser in dem beklagten Streit wegen des Todesbriefs gegen Dr. Peters Verleumdungsklage eingeleitet habe.

v. Wangenheim kandidiert nicht mehr. In einer Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte in Stettin heißt, wie die „Stern-Akadem.“ meint, Herr v. Wangenheim eine längere Rede über die politische Lage. Auf Anfrage des Bündnis-Schweiz-Bundes erklärte v. Wangenheim auf das bestreute, daß er für eine Kandidatur bei den nächsten Wahlen überzeugt sei, nicht mehr in Frage kommen könne; die Wähler gegenwärtig seiner Partei und seiner Wirtschaft seien für ihn zu ungünstig geworden. Den Vorwurf im Falle der Landwirte ist er weiterzuführen bereit.

Zimmer dieselben Genther! Der Kaiser erfüllt am Sonnabendvormittag das Präsidium des preußischen Landtages. Der Empfang dauernd lange Minuten. Wilhelm II. erhält sich den Hof-Admiral unter polnischer Verhandlung. Nur äußerte er an den Herren: „Man sieht immer die ehrlichen Geister.“ Hermann vermag diese Meinung dem Kaiser so nachempfinden, wie die Sozialdemokratie. Seit zwei Jahren schauten sich man in Preußen immer die selben Genther an, die seit den Märztagen des Jahres 1848 zunächst kein Leben. Mag nun die Regierung aufmerksam der Eröffnung des Abends des preußischen Wahlrecht andern — auf daß man der ewigen Römer durch neue Genther, Genther der neuen Rechte siebzig in Preußen zu ziehen.

Darf für Bässermann. Da Jena-Nienstadt im 1898er sozialdemokratischen Abgeordneten Bässermann den Konfessionen und dem Stand der Landwirte schon im ersten Wahlkampf unzufrieden waren, zur Abstimmung des Bundes der Landwirte und der konfessio-

Ecce ego — Erst komme ich!

Roman von Ernst v. Welzogen.

21]

„Ich bitte Sie, ich beschwore Sie, Fräulein Charlotte“, flüsterte er eindringlich. „Sagen Sie mir nur das eine: Da Ihnen dieser Doktor Abele irgend etwas — wie ich es sagen — nicht als Freund?“

„Ich weiß nicht, wie Sie zu der Frage kommen?“ entwidete er sich. „Ich mag ihn sehr gern. Er ist ein sehr gräßlicher Mann mit einem feinen Verständnis für allerlei Dinge, die mich interessieren. Ich unterhalte mich sehr gern mit ihm.“

„Was kann denn zunächst in ein Städtchen gelingen, um Ihnen zu gefallen? Da, Fräulein Charlotte, wenn Sie es verlangen, so lasse ich meine Gute zum Teufel geben und lasse mich gleich morgen an der Universität als plötzlich für Ausländerfreund eingeschrieben, aber was Sie wollen, — was Sie wollen.“ Dabei drückte er Ihnen Arm fest gegen Ihre Brust.

„Möge ich bitte Sie mich doch!“ lächelte sie verlegen. „Das ist ja doch nicht Ihr Ernst. Wie kann ich denn auch so etwas verlangen. Jeder ist seiner Art.“

„Ja, nicht?“ fuhr er eilig ein. „Sie kann doch jeder in seiner Art ein angenehmer Mann sein, — ein ganzer Mann, und darum auch berechtigt, sich um das Herz einer Frau zu bewerben, die im Sinn und Bildung vielleicht über ihr steht. Wenn ich Ihnen nur nicht ganz unschuldig, wenn ich nur bösen darf.“

„Über Herrn von Klinenberg“, sagte sie traurig, ünglich.

„Nein, nein, ich will ja nicht in Sie dringen“, lächelte er. „Ich habe ja auch gar nichts getan, was mich verdächtig könnte, Ihnen von meiner Gefahr für Sie zu überreden. Aber das war gewiss von Ihnen, daß Sie mich dem Gedanken der anderen entzweit haben. Kommen Sie doch dann wirklich nicht jünger, das ist meine Gedanke und das Saub nur eine etwas vernünftige Sicht war, um in Ihre Nähe zu gelangen.“

„Ich verzweifele Sie, ich möchte nicht . . . ich betrüge Sie meinen kleinen Schatz.“

„Nein, Fräulein Charlotte, Hand ans Herz, das haben Sie nicht gebraucht! Das glaubt ich Ihnen einfach nicht. Es geht ja eben wie einer rasenden Rapsodi zwischen zwei Seiten, die sich gegenseitig ausspielen. Und dann entziehen: ich kann mich doch ja gar nicht verstellen. Ich bitte, bitte, sagen Sie mir zum Abschied ein gutes Wort, damit ich nicht zu vergessen brauche.“

„Sie möchten ein kleines Weilchen und dann losge-
nach.“ Sagen Sie mir nicht weiter hört — wegen der Sache
gesprochen.“

„Ja der Name, die Sie auf diesen Raum gelegt haben, läßt Sie den-

Quäntest ich zusammengehalten: er fühlte, wie diese Hand zuckte, und er wußte, es war keine Spur, und bedachte sie mit abschließendem Lächeln. Und dann lag er für den Quäntest mit seiner Geste aus dem unverantwortlichen Blutergen heraus und dämmerte.

„Den habe ich zum Antreten an die nächste Straße müssen.“

Siebtes Kapitel

Verlobt des kleinen Genther, wobei jedoch in der Reichsstraße, wo auch am Tag zuvor nichts passiert und erstaunt, wie Doktor Abele dazu kam, veranlaßt er einen Schluß zu haben.

„In der Reichsstraße war es Genther Schätzchen und Frau Eva des kleinen Genther gekommen, den kleinen Major mit seiner ungewöhnlichen Sachanlage angekommen und dann hatte alle vier auf die kommenden Nachtpläne gesprochen. Es kam kaum so eilig und eifrig eine Freundschaft zwischen, um diese Freundschaft zu erreichen.“

„Es war ganz gut, daß der Major auf diese Weise befreit, nicht darin, denn die Genther waren sich einig, daß es vor dem nächsten Samstag keinerlei Geheimnisse zwischen dem einen und dem anderen sein sollten und dem man es ansah, daß er es ihm nunmehr freien, da es sonst gebrüderliche Freundschaft den beiden beiden Freunden gegeben werden sollte.“

„Hat da nur jetzt der Herr Major, während aus den Augen seiner Gattin das Herz bricht. Er kommt mit auf eine ganze Reihe von angenehmen Tagen mit ungewöhnlichen kleinen Geheimnissen und süßlichen Genther gefüllt waren: denn die gebrüderliche Freundschaft zwischen dem einen und dem anderen kann nicht geheimgehalten werden, auch mit ihrer Form kann gehalten. Sie verlor die Liebe des großen Bruders und gab dem Major über solches Geheimnis nur lächelndes Zucken ein. Aber das freute: Sie kam in Lübeck-Wall gefüllt.“

„Die gute Frau Eva — meine kleine Eva kann noch alles hören, daß sie breitete in der Reichsstraße und lächelte und zum Bruder, als er zu ihr kam und einen unerwarteten Reiseauszug machte, mit lächelnden Lippen und herzergänzlichem Dank für den reisenden Ebendie Mann verabschiedete.“

„Wie ist der Major. Sie wurde beim Schluß noch in leichter Nacht nach dem bald den zweiten Tag mit schwierigen Nachthilfem und gut geprägter Beziehungsweise einer Gattin des kleinen Genther, welche sich sehr wohl und dankbar betreute über Major zu berichten, daß er doch nur in Zukunft ihrer Familie mit solcher Ausrichtung thun gewünscht.“ Er forderte nicht das gewöhnliche Beziehungsmaß für eine Schwester und Frau Eva zugesetzt war er. Mal über schwierige Geheimnisse mit den Eltern.“

„Das liegt in Dir, mein lieber Onkel, so macht es hier sich — und damit endete für sehr lange, während Charlotte im letzten Schlußmoment der Nacht im Bett lag und nach Bruder betreute über Major gegen den kleinen Genther — diese Bilder kommt mir

nationalen Partei beschlossen, von einer Biederaufstellung und Unterstützung des Abg. Bässermann abzusehen und einen eigenen Kandidaten deutschsozialer Färbung für den Reichstag aufzustellen.

Ba sechs Wochen und zwei Tagen Festungshaft ist Hauptmann v. Matthesen vom Kürprinzenregiment (Königsberg in Preußen) wegen Verhandlung eines Untergebenen durch das Kriegsgericht der ersten Division verurteilt worden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Deffentlichkeit statt. — Fast alle Verhandlungen gegen Offiziere fanden unter Ausschluß der Deffentlichkeit statt.

Ausland.

Bei den Gemeinderatswahlen in Floridsdorf bei Wien siegten die sozialdemokratischen gegen die christlich-sozialen Kandidaten.

Die „Panther“-Niederlage in Venezuela. General Bello sandte an Castro folgenden Bericht:

„Am Sonnabend kurz vor Mittag wurde bemerkt, daß ein Kanonenboot mit voller Fahrt den Kanal hinunterkam. Als es auf Schußweite angelangt war eröffnete es Feuer mit allen Feuer Geschützen. Wir widerten sofort mit Erfolg. Nun hörte darauf zwei Explosionen auf dem „Panther“ der offenbar beschädigt worden war. Nach einstündigem Kampf zog es sich langsam zurück. Das Boot wurde nicht ernstlich beschädigt.“

Partei-Angelegenheiten.

Quittung. Im Monat Dezember gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeteiligte ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 500.— 4. Kreis 1000.— 4. Kreis Südstadt 1000.— 5. Kreis Wahlkreis 150.— Aus dem 6. Kreise 159,16 Mark. Berlin, diverse Beiträge: 446 85 M., Dr. A. B. 100 M., Zum Wahlkonsortium 50 M., Von einigen Berliner Bürgern 100 M., A. B. 100.— M. Bern 50.— Brixen, Maschinenteile der „Bürgerzeitung“ 11,30. Breslau, sozialdemokratischer Verein 50.— Charlottenburg 2,75. Düsseldorf, O. L. 2.— Falkenberg (Oberhessen) 5.— Gießen, G. K. 10.— Hera, Wahlkreis Neustadt 1. L. 100.— Gutsdorf bei Striegau, gesammelt auf einer rothen Hochzeit 3.— Gotha, durch den Vertrauensmann 30.— Hamburg, 2. Wahlkreis 1000.— Haseldorf, von Genossen 10.— Hamburg, im Monat Dezember in der Expedition des „Geho“ eingegangen 505,37. Jena, 3. weimarer Wahlkreis, 4. Quartal 1902 50.— Münzen, Waldbücher 5.— Dresden, gesammelt auf einer Kundgebung durch P. M. 3.— Mühlhausen 1. L. 100.— Mühlheim a. Rhine, vom zerschmetterten Tischluch 2.— Nürnberg, Marcel 2.— Nürnberg Altdorf, sozialdemokratischer Verein 200.— Niederbarnimer Wahlkreis 500.— Niedrigöbnitz, 19. jüdischer Reichstags-Wahlkreis 50.— Oberlangenholz, Arbeiter aus dem Eulengebirge 100.— Oelsnitz 1. B., von den Parteigenossen 50.— Pforzheim, A. B. 100. Richthofen, Arbeiter-Bildungsverein 3.— Stuttgart, G. W. 10.— Tiefenfurt, Ueberlebende einer Kranzpende der organisierten Bergarbeiter 10,85. Berlin, Wahlkreis Potsdam-Panitzsch-Dithmarschen durch den Kreisvertrauensmann 300.— Bohmisch, von einem Genossen 1.— Württemberg 200.— Weißwasser, von den Parteigenossen durch den Vertrauensmann 50.— Berlin, den 10. Januar 1903.

Für den Parteivorstand:
A. Getisch, Kreuzbergstr. 30.

Aus den Organisationen. Das Agitationsteam für die Leipziger Wahlkreise berichtet über die Partei-Arbeit des verflossenen Jahres. Wir erfahren daraus die erstaunliche Tatsache, daß die Leipziger Volkszeitung im Monat Dezember 3000 Abonnenten gewonnen hat. Ebenso hat die erste Hälfte des Jahres gegründete „Volkszeitung für das Mulfental“ bereits 5000 Abonnenten. In ihrem Verbreitungsgebiete, dem 11. und 14. Wahlkreise, boten bis dahin die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Chemnitzer Volksstimme“ zusammen nur reichlich 1000 Abonnenten. Das Agitationsteam vertritt eine Einnahme von 26,868 M. Unter den Ausgaben sind 12,000 M. an die Hauptfasse in Berlin. Flugblätter wurden 417,000 verteilt und außerdem in den Landkreisen 30,000 Kalender.

Die sozialdemokratische Volkszeitung in Weimar vermehrte im ob. Jahr in Jahre seine Mitgliederzahl von 100 auf 225. Deutungsvollere zeigen auch die Einnahmen von 692 Mark auf 1902 Mark.

nicht nicht ins Haus! Ich werde meine Pflicht tun, ich werde das Vergnügen dürfen, falls das möglic sein sollte, um meinem Bruder zu dem Brant zu verhelfen. — denn das Fräulein ist ein ganz brüderliches, anständiges Fräulein, das dem Hause Klinenberg keine Schande machen wird; aber nach der Hochzeit bin ich für diese Fräulein Pfarrer nicht mehr zu Hause. Und ich werde dafür sorgen, daß Du auch nicht zu Hause bist und noch viel weniger diese Leute besuchst. Verlas Dich darauf, mein Lieber!“

Der Herr Major verließ sich darauf und schloß mit dieser Zuversicht im Herzen beruhigt ein.

Am anderen Morgen stellte sich Aribert schon sehr zeitig mit Soe und Pad in der Reichsstraße ein. Wöhrens hatten ihn eingeladen, bis zur Entscheidungsschlacht bei ihnen Quartier zu nehmen. Es bedurfte für ihn keines ausläßenden Wortes. Sobald die beiden Freigatten das Zimmer betraten, um ihn willkommen zu heißen, wußte er, in welcher Tonart die schwere Symphonie des gestiegenen Zuges geschlossen hatte, und er behandelte dagegen seinen Schwager mit der Rücksicht, die man einem Schweigepräfekten schuldig ist, und seine Schwester vorsichtig, wie einen mutmaßlichen Explosionskörper, dessen Geheimnis man nicht kennt.

Es galt nun die Vorberatungen für das Bankett am kommenden Sonnabend zu treffen. Wöhren im Sommer und hinnen einer so kurzen Zeit in Berlin eine Tanzgesellschaft zusammenzubringen, war keine ganz leichte Aufgabe, denn sehr viele Geschäftsführer aus dem Bekanntenkreise der Wöhrens weilten gewiß schon auf ihren Gütern, oder in der Sommersaison. Man mußte die Gäste aus den Oberschichten und Beam

Bebels Broschüre "Unsere Ziele" ist soeben in der ersten Auflage in der Buchhandlung "Bormärkte" erschienen. Im Jahre 1869 hatte Bebel in einer Versammlung in Stuttgart eine Broschüre mit einem Mitglied der Volkspartei. Ein Organ dieser Partei, die "Demokratische Correspondenz", zog in 8 langen Artikeln gegen Bebels sozialistische Tendenzen zu Felde. Im Leipziger "Vollstaat" vertrat Bebel seine Anschauungen, und so entstand die Broschüre, die seitdem in der Partei große Verbreitung gefunden hat und jetzt von der Parteibuchhandlung, durch immer noch starke Nachfrage veranlaßt, neu herausgegeben wurde. In seinem Vorwort zu dieser Ausgabe sagt Bebel:

"dass die Schrift, trotzdem in ihr ein Standpunkt vertreten wird, der heute von der sozialistischen Bewegung als überwunden angesehen ist, immer noch Leser findet, ist wohl dem Verstehen zuschreiben, sich über eine Periode in der Bewegung zu unterrichten, die zweifellos eine interessante war, ohne die die Bewegung nicht wäre, was sie heute ist."

Dieses Werden unserer Partei spiegelt die Broschüre wieder. Die lebendige Sprache, durch die sich die Schrift auszeichnet, ist aber geeignet, auch heute noch der sozialistischen Bewegung neue Anhänger hinzuzuführen und deshalb empfiehlt sich noch immer ihre Verbreitung als Agitationsschrift. Der Preis ist 30 Pf. Bestellungen nehmen alle Parteiblätter entgegen.

Arbeiterbewegung.

Es geschehen noch Zeiten und Wunder. Der als Oberschärmacher bisher unvorteilhaft bekannte Baumeister Pfehlisch, der in der schärfsten Weise die Organisationen der Arbeiter bekämpfte, scheint auf seine alten Tage etwas vernünftig werden zu wollen. Am Schlusse eines Rückblicks auf die Kämpfe im Bauwesen im Jahre 1902 und eines Ausblicks auf 1903 sagt er in der "Baugewerks-Zeitung":

"Vielleicht aber entspringt eine noch schönere Frucht aus diesem Kampfe oder wird wenigstens für längst vorbereitet, nämlich die, daß im gegenwärtigen Erleben der Machtkräfte im gegebenen Falle ein rechtzeitiger Friedensschluß eintrete in Form von sozialen Werkgemeinschaften, das sind gegenwärtige Verträge über Arbeitszeit, Lohnhöhe und sonstige Arbeitssiedlungen."

Nichts Anderes erstrebt ja auch die Arbeiterorganisationen. Die Beschäftigung mit ihnen hat also selbst auf diesen hartgesottenen Arbeitseind und "Herrn im Hause" erziehlich eingewirkt.

Die Vereinigung der französischen Gewerkschaftsorganisationen. Mit dem 1. Januar d. J. ist eine seit langem angestrebte Vereinigung der beiden großen gewerkschaftlichen Organisationen, die in Frankreich neben einander existieren, zur Thatach geworden. Der Kongress der Arbeitsschöpfer, der in Algier stattfand und der Kongress der Gewerkschaftsverbände von Montpellier beschlossen, daß ihre Exekutivkomitees (oberste Leitung) miteinander in Verbindung zu treten und eine Verständigung herbeizuführen hätten. In den französischen "Arbeitsbörsen" sind die Arbeiter losgelöst zusammengefasst, etwa in der Weise, wie in den deutschen Gewerkschaftsverbänden. Die einzelnen Berufe bilden "Syndicats", welche sich um die Arbeitsschöpfer gruppieren und ihre Aufgaben durch die Entwicklung und möglichste Ausübung ihrer korporativen Kräfte am Ort zu erledigen haben. Die Arbeitsbörsen des Landes waren allerdings und in einem Bunde der Arbeitsschöpfer vereinigt. Neben dieser Organisation besteht in Frankreich die "Confédération du Travail". Sie ist umfaßt die Berufs- und Industrie-Gewerbe, die sich, wie unsere deutschen Gewerkschaftsverbände über das ganze Land auszubreiten suchen. Durch die oben bezeichneten Beschlüsse sind diese beiden Organisationen nun wiederum verbunden; allerdings ist dies vorläufig noch in ziemlich loser Form geschehen. Die Leitungen der beiden werden in Zukunft die Aktionen gemeinsam dirigieren. Jedes einzelne Syndicat, d. h. nach deutschem Wortgebrauch jede Ortsverwaltung oder Zentralstelle eines Nationalverbandes ist in Zukunft zugleich mit der Arbeitsbörse des Ortes angeflossen, während die lokalen Syndicats, die jetzt den Arbeitsbörsen angehören, sich ihrem Nationalverband angeschlossen haben. Allerdings bleiben noch viele Gewerkschaften außerhalb dieser Verbindung und diese selbst ist noch sehr unvollkommen, aber es ist immerhin der erste Schritt zur definitiven Vereinigung, welche der bedeutenden Versplitterung der französischen Arbeiterschaft ein Ende machen wird.

Gebotes und Vorschriften.

Breslau, den 22. Januar.

w. Keine Versammlung -- eine Versammlung. Eine Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Grünberg sollte am 1. Juni des vorigen Jahres stattfinden. Da der erste Vorsitzende verreist war, wollte sein Stellvertreter, Genosse Schönknecht, die Leitung übernehmen. Er war der Meinung, die tatsächlich nicht angemeldete Versammlung sei von dem ersten Vorsitzenden angemeldet worden. Zur festgelegten Zeit hatten sich etwa 12 Personen in dem Versammlungsraume beim Gastwirt Weiß eingefunden. Schönknecht erklärte hier, daß man die Versammlung nicht abhalten werde; es seien zu wenige Leute da, auch habe er keine polizeiliche Bescheinigung über die Anmeldung. Man blieb dann noch eine Weile sitzen und unterhielt sich gemütlich, ohne daß in irgendwelchen Verhandlungen eingetreten wurde. — Trotzdem wurde Schönknecht wegen Übertretung der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes angeklagt. Man sah ihn als Unter-

Litteratur.

Hanns Imre: **Die Arbeiterlosen-Unterstützung in den deutschen Gewerkschaften.** Nach Angaben der Gewerkschaftsverträge. Berlin 1903. Verlag der Sozialistischen Monarchie. Preis 75 Pf. Die Erkenntnis, daß die allgemein gesellschaftlichen Brangerverbände, Komune, Staat, Reich, die Verpflichtung haben, für die arbeitslosen Opfer der gesellschaftlichen Krischüttungen zu sorgen, ist in dem letzten Jahrzehnt immer allgemeiner geworden, die Frage einer allgemeinen Arbeiterlosen-Unterstützung ist aus dem Stadium platonischer Wünsche in das der tatsächlichen Erfüllung getreten.

Es eindrücklicher aber die Frage behandelt wurde, um so deutlicher treten die ungebührlichen Schwierigkeiten hervor, welche jeder ernsthafte Vertrag ihrer Lösung bietet. Doch hat nur jeder Sozialpolitiker an dieser dringenden Aufgabe des gegenwärtigen Jahrzehnts nichts vorbeigehen, die Errichtungen der Organisationen, welche für ihre Mitglieder Arbeiterlosen-Unterstützung mit Erfolg eingeführt haben, in ihrem Werden und Wachsen genau studieren.

Su dieser Organisationen geboren in erster Reihe eine ständig sich mehrende Zahl deutscher Gewerkschaften. Leider ist das Material über den wichtigsten Unterstützungswege in den Rechnungsberichten und Genera.-Veramtungs-Protokollen der Gewerkschaften vergraben, aus denen es nur mühsam herauszulocken werden kann.

Die Verfasserin der vorliegenden Schrift hat sich dieser unständlichen Arbeit unterzogen und in überschüssiger Weise Alles zusammengezettelt, was in den deutschen Gewerkschaften auf dem er wähnten Gebiete bisher geleistet worden ist. Dadurch hat sie jedem Sozialpolitischer ein wertvolles, garnicht zu entbehrendes Material in lebendiger Weise zugänglich gemacht.

Das Büchlein ist aber nicht etwa eine trockene Zusammenstellung von statischen Tabellen, sondern gibt eine anregende Schilderung von der Entwicklung dieses Unterstützungsweiges in den einzelnen Gewerkschaften, wobei die Momente, welche in jedem einzelnen Falle zur Erfüllung gebracht haben, besonders hervorgehoben werden, und die Organisatoren für Weiterausgestaltung in lebendiger Weise dargestellt wird.

Teilnehmer einer dem Gesetz zuwiderr nicht ange meldeten Versammlung an, in der öffentlichen Angelegenheiten hätten erörtert werden sollen. Eine gleiche Anklage blieb dem Gastwirt als dem, der den Raum hergegeben habe. Beide Angeklagten wurden in zweiter Instanz vom Landgericht Görlitz zu Geldstrafen von je 15 Mark verurteilt. Es wurde ausgeführt: Wenn Schönknecht erklärte, er werde die Versammlung nicht abhalten, dann bedeute das nur, es solle von der Predigtung des Programms (Vortrag, Diskussion etc.) abgesehen werden. Tatsächlich habe eine Versammlung stattgefunden, denn es habe sich eine nicht zu kleine Personenzahl (12!) zu einem gemeinsamen Zweck versammelt gehabt. Auch sei anzunehmen, daß öffentliche Angelegenheiten hätten erörtert werden sollen. Die Angeklagten treffe ferner ein Verschulden, da sie mangels einer Bescheinigung nicht damit hätten rechnen dürfen, daß die Versammlung vom abwesenden ersten Vorsitzenden angemeldet worden sei. Sie hätten die Zusammenkunft verhindern müssen. Die Angeklagten legten Revision ein. Ihr Vertreter, Stegrechtsanwalt Doctor Heinemann, wies eingehend auf das Verfehlte jenes Urteils hin. Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision und führte unter anderem aus: Die §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes seien ohne Rechtskraft angewandt worden. Es sei nicht rechtskräftig, wenn der Vorderrichter daraus, daß die Versammlung vom Sozialdemokratischen Wahlverein einberufen worden und ein Vortrag angekündigt gewesen sei, den Schluss zog, es hätten "öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen." (1) Der Begriff der Versammlung sei ebenfalls richtig aufgefaßt worden und mit Recht habe das Landgericht ein Verschulden angenommen.

* **Als Delegierte zum Schlesischen Parteitag** wurden ferner bestimmt: für Görlitz Genosse Keller (als Erzählmann Genosse Ritter), für Reichenbach Genosse Hanke, für Liegnitz die Genossen Mohring und Heider, für Striegau die Genossen Langner und Baubach, für Schweidnitz Genosse Heinrich Koch.

* **Eine neue Maschine** wird augenblicklich in der Volksdruckerei aufgestellt. Es handelt sich um eine sogenannte Rotationsmaschine, die in der Lage ist, die gesamte Auslage der Volkswacht um einige Stunden schneller fertigzustellen, als es bisher der Fall war. Unsere Leser werden diese Neuerung, die schon längst eine Notwendigkeit war, sicher mit Freuden begrüßen. Bis zur Fertigstellung der neuen Maschine muß nun die Drucklegung der Volkswacht auf kleineren Preisen als bisher erfolgen. Sollte nun in den nächsten Tagen wider Erwarten die Zustellung unseres Blattes sich um etwas verspätet, so bitten wir um freundliche Nachsicht. Später wird die Besorgung um ein wesentliches früher erfolgen können.

* **Lohnreduzierungen** sind bei der Metallwarenfabrik von Heine und Seifert in Hirschberg vorgenommen. Infolgedessen sind Differenzen ausgebrochen. Es wird ersucht, den Zugang fernzuhalten.

* **Achtung, Sattler und Frauen.** In der Lederveraufabrik von Wilhelm Meyer in Görlitz sind Differenzen ausgebrochen. Kollegen, richtet Euch danach. Um Adblock wird gebeten!

N. **Die Bauarbeiterbeschaffungskommission.** Es sind nun gerade vier Jahre her, daß sich in Breslau eine Bauarbeiterbeschaffungskommission bildete, die bei den geringen Mitteln und den Schwierigkeiten, die man ihr von Seiten der Arbeitgeber in den Weg stellte, immerhin viel geleistet hat. Die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften, hauptsächlich der Maurer, Töpfer, Dachdecker etc. haben es nicht fehlen lassen, durch umfassende Bautenkontrollen vorzufindene Mißstände aufzudecken und so das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu wahren. Es hat sich oft herausgestellt, daß gerade die Bauhandwerker das nötige Verständnis für die Einzelheiten besaßen und die Arbeitgeber, die ihnen jede Fähigung zur Bautenkontrolle absprechen, es auf die Mißstände aufmerksam machen müssen. Zu wünschen wäre es nur, daß alle Gewerkschaften, welche Bauhandwerker in ihren Reihen haben, sich der Kommission anschließen, um gemeinsam besser als bisher wirken zu können. Aus nachstehender Abrechnung ist zu ersehen, daß die Kommission leider mit noch sehr geringen Mitteln arbeiten muß.

Einnahme.

V stand vom vorigen Jahr	39.82 Mf.
Von der Zählstelle der Maurer	30.— "
" " Staffaturte	6.— "
" " Maler	10.— "
" " Töpfer	9.— "
" " Holzarbeiter	6.— "
" " Metallarbeiter	— "
Von der Sektion der Klempner	6.— "
Von der Zählstelle I der Bauarbeiter	6.— "
" " II	3.— "
" " der Dachdecker	6.— "
Giro-Einnahme von zwei öffentlichen Versammlungen der Bauhandwerker	34.90
Summa 156.72 Mf.	

Ausgaben.

für Postkarte der "Vollwacht"	24.— Mf.
für 6000 Stück Handzettel	15.— "
für Austragten derselben	6.— "
für ein Rätorat	5.— "
für Sozialrate	5.— "
für eine 4 tägige Bautenkontrolle	10.— "
für Bearbeitung des Materials von der Kontrolle nach Hamburg	5.— "
Zuschlagszahl	50.— "
für photographische Platten	3.50
für photographische Aufnahme	2.50
für soziale Ausgaben und Hellographie	3.— "
für einen Verschlußfaden und Umschläge des Apparates	4.— "
für Schreibmaterial und andere kleine Ausgaben	2.80
Summa 140.80 Mf.	

Also bleibt Bestand für nächstes Jahr 15.92 Mf.

* **Die Unterschleife in der Gemeinde-Kasse in Jaborze.** Die Revision der Bücher und Belege wird unter Aufsicht von Regierungsräten fortgeführt. Kürzlich war ein Regierungsrat anwesend, um mit dem Kreisbeamten des Kreises Jaborze und dem Pfarrer Schönknecht, als Vertreter der gewählten Kirchenkasse, die Verhältnisse eingehend zu besprechen. Im Laufe dieser Woche wird Regierungsrat Holz erwartet.

* **Vilma Illing.** Dieses Gedicht über den Tod und die leidenden Menschen und unglückliches Misserfolg für das wechselseitige Schicksal dieses Menschen erfüllt heute bei der Nachricht vom Tode Vilma Illings die Herzen aller, die von dieser großen Künstlerin und verehrungswürdigen Dulderin wissen. Auch unsere Leser haben sich oft an der seelenverschönernden Kunst ihrer Interpretation dichterischer Gestalten erfreut und dankbar einige geschrieben, was Vilma Illing aus dem Schatz ihres reichen Körpers freigebig spendete. Aber auch in einer anderen Beziehung noch stand die umsorgliche den Proletarien menschlich besonders nahe. War sie doch wie diese ausgeschlossen von den Genüssen, die der Besitz, das Geld dem Leben zu geben vermögen, wie sie doch wie die Proletarier arbeiten, kämpfen, leiden, wie diese hungernd waren! Die ganze furchtbare Leidengeschichte des armen Menschen, dem der göttliche Funke des Genius in der Seele glüht, dem aber widrige Lebensverhältnisse, dem schlechte und unverständige Menschen schier unüberwindliche Hindernisse auf dem Wege zum hohen Ziele austtern, dies leider so oft wiederholte Drama des großen Künstlers spiegelt die Leidengeschichte Vilma Illings in allen ihren grausamen und empörenden Einzelheiten wider. Bei erfüllender Größe aber wächst dies Menschenschicksal heran dadurch, daß die heldenhafte Kämpferin kurz vor ihrem Ende, an der Schwelle zum Tod, zu einem Leben voll Glanz und Ehren, vom grinsenden Tod getroffen wird. Nur 31 Jahre alt, ist die Künstlerin dahingegangen in das Land, von wo es keine Wiederkehr gibt und in tiefer Trauer stehen an ihrem Grabe nicht nur die wenigen verbliebenen Freunde der bescheidenen, vornehm empfindenden Frau, die man die edelsten menschlichen Eigenarten nachahmt, sondern auch die große Gemeinde derer, die in Vilma Illing die wahrhaft große Darstellerin des Menschenlebens, der tiefsten, geheimsten und gewaltigsten Regungen des Menschenherzens bewunderten und verachteten.

Vilma Illing wurde am 25. Juni 1871 in Villach (Kärnten) als Tochter eines unbemittelten Apothekers geboren. Sie mußte sich zunächst als Klavierlehrerin, dann als Erzieherin und Gesellschafterin eine kümmerliche Existenz erringen. Als sie ihrem unbezuglichen Drange zur Bühne gefolgt war, gestaltete sich ihr Leben noch viel unmerlicher, denn in Bekennung ihrer eminenten künstlerischen Begabung wurde sie lange Zeit als Statistin und Camisolin, später in ganz kleinen Rollen beschäftigt. Sie lernte in diesen Jahren das furchtbare Elend der Bühnenproletarier in seiner ganzen Tiefe kennen. Vor etwa 5 Jahren kam sie nach Breslau an die Vereinigten Theater, aber auch hier kam die Bühnenleistung erst langsam zur Geltung ihrer künstlerischen Größe. Ihre größten Triumphe feierte sie in der Darstellung moderner Frauencharaktere, wie sie Isolde, Björnson, Sudermann und andere geliebten. Auf Einheiten gehen wir hier nicht ein. Das Eine aber soll gesagt werden: Nicht das umfassende technische Können machte die Meisterschaft Vilma Illings aus, nicht die virtuose Künstlerin, die Beherrschung des Äußerlichen. Ihre Größe — die wahre Größe des wirklichen Künstlers — lag in der starken seelischen Innenspruchnahme des Menschen Illing bei der Erfüllung ihrer künstlerischen Aufgaben. Sie spielte nicht ihre Rollen, sie erlebte sie, sie gab sich gelüst und seelisch in der Verkörperung der Gestalten, die sie vor uns stellte. Das machte Vilma Illing zu der bewundernden Künstlerin, das aber forderte von ihr auch Opfer, wie sie der von Entbehrungen und Leidern wie rastloser Arbeit verzehrte, z. its Körper dauernd nicht zu geben mochte. Eine heldenhafte Kämpferin, eine große, edle Kämpferin, eine bewundernswürdige Dulderin — das war Vilma Illing; ihr Andenken möge lange in uns lebendig bleiben.

* **Gegen die vom Verein zur Bekämpfung der Obstruktionen brachte Eintragung in das Vereinsregister** batte der Polizeipräsident in Frankfurt a. M. Einspruch erhoben. Dieser gründete hier auf Paragraph 61 des Bürgerlichen Gesetzbuches, worin ist bestimmt, daß der Einspruch zulässig ist, wenn der Verein nach dem öffentlichen Vereinsrecht untersagt ist, oder wenn er einen politischen, sozialpolitischen oder religiösen Zweck verfolgt. Der Vereinsvorstand hat die Zulässigkeit des Einspruchs beim Bezirksausschuss in Wiesbaden erfolgreich bestanden. Gegen die Entscheidung des ehemaligen Frankfurter Polizeipräsidenten Beruhigung beim Oberverwaltungsgericht ein. Dieses hat die Entscheidung des Wiesbadener Bezirksausschusses auf und wies die Klage des Vereins ab. In der Begründung heißt es, nach der "Frankf. Ztg.", ein Verein verfolge in dem Fall politische Zwecke, wenn er eine Entwicklung auf die Seite bringt, oder die Grundlage der Verwaltungspraxis erstrebe. Im Hinblick auf die Statuten und das sonstige Material müsse aber angenommen werden, daß der Verein im Auge habe, ein Vorbot der Obstruktionen herbeizuführen.

* **Bauarbeiterversammlung.** Am 18. d. M. hielten die Bauarbeiter in der Zahlstelle I eine非常會議 (Generalversammlung) ab. Vor Eintritt in die Tagessordnung eröffnete die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Robert Fiedig in würdiger Weise. Die Tagessordnung lautete: Neuwahl des Oberversammlung und Revieren. Kollege Albert Langner wurde als erster Bevollmächtigter, Theodor Matzold als Schatzmeister und M. Bölkel als Schriftführer gewählt. Nachdem die eigene Paraderede wiedergewählt, eröffnete Kollege M. Bölkel den Bericht der letzten Kartellsitzung. Bölkel wurde wieder als Delegierter in das Kartell berannt. Der nächste Punkt beschäftigte sich mit Anträgen für den nächsten Verbandsstag. Die Kollegen Winkler und Böllner beantragten, daß ein einheitlicher Beitrag von 25 Pf. pro Mitglied in der Zahlstelle Breslau I eingezahlt wird. Kollege Albert Langner wurde mit Stimmenmehrheit als Delegierter für den Verbandsstag gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten wurde betrifft der Begegnungsstätte erwähnt, daß die Kasse sehr geschwächt sei. Ein Antrag, daß von jetzt ab jedes Mitglied vierjährlich 25 Pf. in den Begegnungsstonds zu zahlen hat, wurde angenommen. Kann führt Kollege Langner der Versammlung die schlechte Lage der bietigen Bauarbeiter vor Augen. Er wünschte, daß die Saar-Mitglieder unter den Kollegen verschwinden mögen, denn nur dann könnte etwas erreicht werden.

* **Strelag. Kartell-Bericht.** Kurzfaßt ab der Kassierer Genosse Speer den Kassenbericht vom vierten Quartal, welcher infolge des Bestandes eine Einnahme von 253.22 Mf. aufwies. Ausgabe 74.54 Mf. Demnach bleibt ein Bestand von 189.68 Mf., was von den Revieren für richtig befunden wurde und daher dem Kassierer Decharge erteilt wurde. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des Gesamt-Vorstandes: als Vorstand der Bärnsch, dessen Stellvertreter Baudach, als Kassierer Speer, als Stellvertreter Ulrich, als Schriftführer Fluske, als Stellvertreter Bärke. Zu Revieren wurden Prezel, Klein und Winkel gewählt. Der dritte Punkt: Herausgebung der Beiträge wurde nach einer längeren Debatte gegen zwei Stimmen angenommen. Zur Unterstützung für die Textilarbeiter in Merseburg wurden 20 Mf. bewilligt. Es berichtet dann Bärnsch von einer Kriegsabstimmung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Freidert von Richthofen ein darüber, ob liege kein Bedürfnis nach einem Gewerbe-Schiedsgericht vor. Tietzel fragte über den nächsten Besuch der Kult.-U.-Sitzung und forderte der Vorstand an, die Gewerkschaftsversammlungen einziger zu besuchen. Es ist die Sitzung. Es schlußbeschließt: **Es ist** und **Röhler**.

Königsberg. 21. Januar. Selbstmord beging heute der Kaufmann Wilhelm Alm von hier. Um seine Werde zu vertagen und zu retten, hatte sich Alm früh gegen 6 Uhr in seinen Stall, Goldstraße 28, begeben, wo ihn seine Frau, später zwischen den Menschen an einem an der Krippe befestigten Strick erdrosselt fand. Alm auf den Tischlöffel schnell gefasst haben, da er den Arbeitsschwer noch ein neues Werk gefertigt hat. — Alm war 28 Jahre alt und hinterließ eine Frau und 3 kleine Kinder. — **Dresden.** Am Dienstag wurden beim Badermeister Göblich in Lößnitz in der Mittagsstunde aus einer auf dem Lebendtisch liegenden Pappe schachtel 70 Mark entwendet. Das Diebstahl verdächtig ist eine zu einer Eigentümercuppe gehörende Frauensperson.

Hänsicht. Sonntag, den 18. Januar, Versammlung der allgemeinen deutschen Unternehmensklasse "Solidarität". Der Kassierer gab den Kassenbericht. Es betrug die Gesamtsumme im IV. Quartal 1902 135.45 Mark. Veranlagt wurden für Unterstützung 17.31 Mark, für Verwaltung 2.76 Mark, an die Hauptkasse gesandt 100.00 Mark, am Ort behalten 9.38 Mark. Die Jahresabrechnung stellt sich folgendermaßen: Einnahme 561.32 Mark, Ausgabe für Unterstützung 215.31 Mark, für Verwaltung 21.63 Mark, für die Hauptkasse 205.00 Mark, am Ort verblebt 9.38 Mark. In der darauf folgenden Neuwahl wurde die bisherige Ortsverwaltung wiedergewählt. Beiratsberührungen nahmen die Bevollmächtigten August Pähnold und Oswald Thaler jetzt entgegen.

Hänsicht (Kreis Striegau). Ein ernstes Wort an die Kollegen in den Steinbrüchen! Die gegenwärtige Zeit ist wohl dazu angemessen, um einmal über seine Lage nachzudenken. Geringweihen ist zur Genüge bekannt, daß in den hiesigen Steinbrüchen durchaus ungünstige Zustände bestehen. Schlechte Bezahlung und Behandlung seitens der Unternehmer und deren angeschlossenen Beamten, Werkmeister u. c. bilden vielfach die Regel. Beleidungen werden mit allerhand Ausflüchten zurückgewiesen. Die ungünstige Konjunktur giebt den Unternehmen hierzu die erwünschte Gelegenheit.

Kollegen! Wenn wir heute so traurige Zustände in unserem Berufe sehen, so habt auch Ihr einen Teil Schuld daran. Der Schlechterian muss ein Ende nehmen, seht Euch einmal andere Organisationen an, z. B. die Buchdrucker, Mauer. Was haben sie im Laufe des Jahres, wenn auch im zähnen Kampfe erreicht! Auch wir können nur durch eine starke Organisation zu besseren Zuständen gelangen. Daraum hießen in die Organisation!

Schweidnitz. Wie gering die Arbeiter in der hiesigen Uhren-Industrie entlohnt werden, lehrt folgendes Interat, welches in der "Eiglichen Wundschau" zu lesen war. Dasselbe lautet:

Ein gebildeter, tüchtiger Uhrmacher sucht Beschäftigung als Hauseigentümer, Steinloßper o. dgl., wo es ihm möglich ist, ca. 15 M. wöchentlich zu verdienen.

Es wiederholte sich hier die Erinnerung, die wir in allen gewöhnlichen Berufen beobachten können. Einmal die sich überall und unheilbar machende wirtschaftliche Depression, zum anderen die Gewalttat der Unternehmer.

Im übrigen hoffen wir, daß sich die Uhrmacher so organisieren, daß sie wenigstens in etwas ihre wirtschaftliche Lage verbessern.

Ziegels. 17. Januar. Schwurarecht. Wegen verdeckten Märkte hatte sich die verdeckte Fabrikarbeiterin Louise Jäsch, geb. Thomas, aus Überhüllendorf, Kreis Bautzen, zu verantworten. Bevor sie heiratete, war die Angeklagte von einem Mädchen angesprochen und entbunden worden. Als dann der Vater des Kindes vor der versprochenen Hochzeit nichts wissen wollte, geriet die Angeklagte in Verzweiflung und versuchte ihr Kind zu töten, indem sie daneben die Kopie von Phosphorholzern in die Milch tat. Das Kind aber nahm die Milch nicht und blieb frisch und gesund. Kein Mensch hätte von der Tat, die schon bis Ende 1896 gründig, eine Aburung gehabt, wenn die Angeklagte sich nicht einige Zeit später einer Frau Schulz in Rieschnitz "anvertraut" hätte. Als die beiden Frauen in Freundschaft getrieben, brachte die Schulz jenen Vorfall zur Kenntnis. Gest wurde, wie der "A. G. A." meldet, die Jäsch vom Schauspielzug zu zwei Jahren Justizhafens verurteilt.

Bautzen. 19. Januar. Gestern fand sämtliche Personen, welche vor ca. 4 Wochen von tollen Hunden gebissen wurden, auf der Anhöhe in Berlin als geheilt zurückgekehrt.

Strehlen. 21. Januar. Dienstboten-Gland. Vom Schiedsgericht Strehlen wurde die Geschäftsfrau Johanna Mar Schneider aus Somsdorf wegen Körperverletzung zu 15 Mark Geldstrafe verurteilt. Sie hatte die Geschäftsfrau des Rechtes Voßhauer mit einem Rechenstiel geschlagen. Der Geschäftsführer, welcher der Frau zu Hilfe kam, erhielt 10 M. Geldstrafe. Sie ist wegen Körperverletzung, welche er an Dienstboten verübte, verurteilt.

Olza. 19. Januar. Deutscher Gewerbevereins-Versammlung. Am vergangenen Sonntag tagte eine öffentliche Versammlung im "Schwanz" mit der Tagesordnung: "Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter in der Neuzeit und die Notwendigkeit der Organisation". Referent Herr Hartmann zu Berlin. Die Versammlung war gut besucht. Der Referent erledigte sich seiner Aufgabe in durchaus sachlicher Weise, ohne die sonst üblichen Redemachungen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter zu machen. Die Ausführungen des Herrn Referenten waren kurz folgende: Seit den

70er Jahren habe die Industrie einen ungeheuren Aufschwung genommen, die Kapitalisten waren dabei sehr gut weggekommen und auch die Arbeiter hätten in eine geringe Sozialversicherung erhalten, jedoch stehe diese kaum im Vergleich zu der Erhöhung des Lebensmittelpreises. Zugwischen sei aber eine schwere wirtschaftliche Krise hereinbrechen, die auf die Lebenshaltung des Arbeiters sehr eingewirkt habe. Eingehend erläuterte hierauf Herr Hartmann an die guten Organisationen der Unternehmer, welche sich in Verbänden, Syndikate, Klinge und Innungen zusammen gesetzten und sogar staatlichen Schutz und Unterstützung erhielten. Bedauerlicherweise hätten die Arbeiter hierdurch nichts gelernt, es könne ihnen nur dann geholfen werden, wenn sie sich alle den Gewerbevereinen Hirsch-Dünker anschließen würden, welche auch in der Not die Mitglieder unterstützen. Bei der Wichtigkeit der Tagessordnung hatten die Kollegen einen Redner, Kollegen Schneider ein aus Breslau, kommen lassen. In der Diskussion ergriff nun denselbe als Redner das Wort und pflichtete den fachlichen Ausführungen des Herrn Referenten durchaus bei. Er empfiehlt den Versammlungen, einer Organisation beizutreten, die momentan für höheren Sozial- und Belehrung der Arbeitszeit eintrete. Die Hirsch-Dünker'schen Gewerbevereine ließen in dieser Beziehung aber sehr viel zu wünschen übrig. Schneider wieder beweist dies an einigen Beispielen. Redner fordert zum Schlus die Anwendung auf in Deutschen Metallarbeiter-Verein beizutreten. Nach weiter wesentlichen Debatten erfolgte Schluß der Versammlung.

Königsbrücke. 18. Januar. Öfflichen Verlauf nahm ein Unfall, welcher am 11. d. M. dem im Alter von 36 Jahren stehenden Fleischwarenfabrikanten Heinz Wölki widerfuhr. Derselbe starb bei seiner nach 10 Uhr Abends erfolgenden Heimkehr die Wohnung emporsteigend Treppen herab und zog sich einen doppelseitigen Bruch der Halschale am Hinterkopf zu. Einer hieraus entstehenden Gehirnblutung erlag D. schon am darauffolgenden Donnerstag im St. Hedwigskloster. Auf Anordnung der Sicherungs-Gesellschaft "Thuringia", bei welcher D. mit 20.000 Mark gegen Unfall versichert war, wurde eine Sezierrung an der Leiche vorgenommen.

Kattowitz. 20. Januar. Arbeitstreit. Auf Grund einer am Freitag voriger Woche durch Wandanschlag bekannt gegebenen Verfügung sollen vom 1. Februar ab bei den Astor-arbeitern der Drahtbezirks, der Drahtwälze, Beiz-Klaranlage und eines Teiles des Drahtzuges in Gleiwitz die Löhne um ungefähr 50 Pfennige des Dienstes pro Stück herabgesetzt werden. Aus diesem Anlaß legten am Freitag Vormittag sämtliche Arbeiter der vorbenannten Abteilungen des Unterwerks der oberschlesischen Eisenindustrie (Abteilung Drahtwaren) die Arbeit nieder. Dieselben verlangen den bislangigen Arbeitsverdienst. Ruhesitzungen, Arbeitserlaßungen, Kundgebungen oder sonstige Demonstrationen kamen nicht vor. Bis Sonntag wurde nicht gearbeitet.

Brenten. 2. Januar. glauben wir einfach nicht." Wegen verschärfter Lügenanmeldungen der "Kattowitzer Zeitung" über das Verhältnis des Beuthener Arbeiterschaftsrats zum Streik auf Fleinentzwerke bat das Sekretariat diese Zeitung zur Aufnahme einer Berichtigung veranlaßt, die inhaltlich dem entsprach, was in diesem Blatte darüber berichtet wurde. Die "Kattowitzer Zeitung", die zur Aufnahme der Berichtigung aus gesetzlichen Gründen gezwungen ist, kann ihren Lesern darüber nicht verderben; in einem Schreiben der Berichtigung schreibt sie: "Dass das Beuthener Arbeiterschaftsrat an diesen Gewinnungen und plaudernden Aussänden so ganz unschuldig ist, glauben wir einfach nicht." Demgegenüber behaupten wir: wir glauben nicht, daß die "Kattowitzer Zeitung" an der Wahrheit unserer Berichtigung auch nur zweifelt; wenn sie das behauptet, so gehört das zu ihrer sozialistischen Taktik, in der sie, wie ihre Kollegen ja oft, gegen ihre bessere Einsicht zu schreiben gezwungen ist. Dennoch kann es im Grunde herzlich erstaunlich sein, was die Redaktion der "Kattowitzer Zeitung" glaubt, dem Arbeiterschaftsrat kommt es jedenfalls darauf an, den in der "Kattowitzer Zeitung" die Wahrheit zu sagen. Dass diese die Berichtigung richtig verstanden haben, glauben wir bestimmt annehmen zu müssen; die Leiter der "Kattowitzer Zeitung" sind höchstlich noch nicht so weit von der Leidenschaft ihrer Zeitung angepeilt, daß sie auch offensichtliche Unwahrheiten mit deshalb glauben, weil sie in der "Kattowitzer Zeitung" stehen.

Sabratz. 20. Januar. Schwere Unfälle. Als gestern Nachmittag der Bergmann Job. Minner das Morgengrauen sich Gästebars in Alt-Sabratz verließ, stürzte er die in die Festive führende Treppe hinab, wobei er sich derart schwer verletzte, daß er nach wenigen Stunden seinen Geist aufgab. Bei die Schuld an dem Unfall trifft, wird die betroffene Bergleute Untersuchung ergeben. — Auf der Gedächtnisgrube wurde gestern Abend ein Bergkinder aus Besuchern von berühmter Größe erschlagen. Folge der schweren Verletzungen starb der Bedauernswerte kurze Zeit nach seiner Bergung. Von beweisen seine Witwe mit mehreren noch unverheiratheten Kindern.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Grabfährer: Richard Kogon, 18, Bergstr. 16 und Maria Schölkopf, 18, ebenda. — Steindorf-Maßnahmemeister Heinrich Peters, 20, Langenweg 25 und Louise Strack, 20, ebenda. — IV. Grabfährer Robert Mühlstädt, ev. Kuhbottcherstr. 30 und Bertha Gläser, 18, Schleifestr. 27.

Geschleihungen. I. Mauer Gustav Dörfert, kath. Matthiasstraße 68, mit Anna Gottschling, kath. Breitestr. 23/24. — Mauer Wilhelm Gude, ev. Kanzergasse 37, mit Selma Schoepf, ev. Schweidnitzerstr. 31. — Haushälter Karl Lukash, ev. Zwingerstraße 2, mit Christiane Mittel, ev. Kaiser-Wilhelmstr. 32. Geburten. II. Arbeiter Paul Griesch, ev. T. — Arbeiter Paul Neyer, kath. S. — Schuhmacher Karl Böttcher, ev. T. — Festschmied Karl Fiebel, ev. S. — Arbeiter Franz Litzinski, kath. Tochter. — Stellmacher Heinrich Möschke, ev. T. — Arbeiter Heinrich Rasche, ev. S. — Kästner Johann Horzyla, kath. T. — Schlosser Gustav Dösch, ev. T. — Kästner Paul Kastner, kath. S. — Arbeiter Ernst Langner, ev. S. — Kästner Johann Jähnel, ev. S. — Brauerarbeiter Franz Kusch, kath. T. — Kästner Wilhelm Dober, ev. Bismarckstr. 2 (S.). — III. Bügler Paul Fuhrmann, ev. T. — Arbeiter Friedrich Bardele, ev. S. — Brenner Wilhelm Schneider, ev. S. — Arbeiter Karl Weiß, ev. T. — Schlosser Hermann Neumann, ev. S. — Arbeiter Franz Boprane, kath. S. — Arbeiter Gottlieb Hoffmann, ev. T. — Schneider August Subire, kath. S. — Deutscher Paul Radler, kath. S. — Arbeiter Wilhelm Kosof, ev. S. — Schlosser Paul Böttger, ev. S. — Arbeiter Reinhold Kallns, ev. S. — Todeställe. I. Arbeiter Martin Stadel, 47 Jahre. — Katharina, T. d. Biergärtnermeisters Max Weiß, 3 Mon. — Arthur S. des Schmiders Gustav Meyer, 4 Mon. — Arbeiterstrau Auguste Niebisch, geb. Kavelle, 40 J. — Schuhmachermeister Paul Lütt, 54 Jahre. — Kurt, S. des Handelsmeisters Willi Holz, 19 Mon. — Wilhelmine, T. des Haushalters Heinrich Rentwig, 3 Jahre. — Arbeiterstrau Rosalie Hoffmann, geborene Waiske, 79 Jahre. — II. Elsbeth, T. des Tischlergesellen Heinrich Gebauer, 4 Mon. — Helene, T. des Haushalters Gustav Rother, 2 Mon. — Edige Nähern Emma Horned, 52 J. — Ed. Aufwärterin Josefine Becker, 75 J. — Schlossergeselle Benedict Ramsch, 29 J. — Schuhmachersfrau Anna Neudorf, geb. Hoffmeister, 56 J. — Magdalene, Anna Maria, T. des Arbeiters Karl Berlin, 2 J. — Böttchergesellenfrau Helene Wiedert, geb. Kubala, 31 J. — Maria, T. des Tischlergesellen Peter Malek, 10 Mon. — Fräulein Pauline Glaz, geb. Hofmann, 38 Jahre. — III. Schuhmachersfrau Pauline Glaz, geb. Hofmann, 38 Jahre. — Tischlerstrittmeister Ottile Weber, geb. Löchner, 52 J. — Erna, T. des Schmiders Bruno Geisler, 4 Mon. — Heitaths-Auktionen. I. Schuhmacher Karl Schinke, ev. Sandstr. 4 und Selma Bauer, kath. Weidenstr. 31. — Schuhmacher Johanna Otto Stache, ev. Dötsch-Risse und Ida Kraftszik, ev. Alsenstr. 32. — Schuhmacher Franz Paul Schinke, kath. Löherstraße 39 und Bertha Kraftszik, ev. Alsenstr. 32. — Heizer Ernst Schnaber, ev. Waisenstrasse 7 und Klara Webner, kath. Fischerstraße 95 und Klara Rößla, kath. ebendas. — Arbeiter Josef Rücke, kath. Tschepinerstr. 31 und August Berger, kath. ebendas.

Geburten. I. Schuhmachermeister Max Förster, ev. T. — Stellmacher Albert Schmidt, ev. S. — Arbeiter Gustav Gogsch, kath. T. — Mauer Gustav Petermann, kath. S. — Tischler Edmund Fuchs, ev. T. — Kästner Karl Schößl, ev. S. — Klempner Rudolf Hartmann, kath. T. — Schuhmacher Hermann Eckert, kath. T. — Sattler Josef Weiß, kath. T. — Schneidermeister Josef Postnit, kath. S. — Lagerdiener Karl Reinhold, ev. S. — Tapezierer Max Bisch, ev. S. — Schmid Franz Gorski, kath. Bismarckstr. 2 (T.). — Schneider Johannes Reinländer, ev. S. — IV. Arbeiter Paul Reinartz, ev. S. — Arbeiter Karl Kübler, ev. S. — Schuhmachermeister Karl Tondra, kath. S. — Mauer Reinhold Lange, ev. T. — Motorwagenführer Reinhold Francke, ev. S. — Kästner Roman John, ev. S. — Schlosser Alfred Streibei, ev. T. — Schneider Franz Chmielorz, kath. T. — Arbeiter August Kurfürst, ev. T. — Steindorf-Maßnahmemeister Richard Barante, ev. S. — Schneider Robert Walter, ev. S. — Schlosser Josef Bömer, kath. Sohn. — Arbeiter August Hamann, kath. T. — Mauer Josef Linke, kath. S. — Todesfälle. I. Näherin Elsie Berger, 15 J. — Adelheid, T. des verstorbenen Tischlers Hugo Altmann, 20 J. — Elsriede, T. des Schlossers Karl Hübner, 10 Mon. — Elvira, T. des Tischlers Paul Preiß, 11 Wochen. — Schneider Paul Deliga, 24 Jahre. — Arbeiter Adolf Kosig, 22 J. — Arbeiter Richard Stachle, 50 J. — Wollarbeiterin Anna Wenzl, 64 J. — Rentenpfleger Robert Bunkale, — III. Schneiderin Hedwig Heidereich, 32 J. — Frieder, T. des Feilenbauers August Druschmann, 2 Mon. — Klara, T. des Klempners Paul Hause, 5 Mon. — Rudolf, T. des Schmiedes Karl Janus, 10 Mon. — Willy, S. des Tapezierers William Trapp, 1 J. — Elsriede, T. des Arbeiters Richard Wiediger, 1 J. — Iring, S. des Arbeiters Max Seel, 10 Tage. — Mauerfrau Anna Heße, geb. Bartsch, 40 J.

Stadt-Theater.

Dominikaner. Donnerstag: "Zumhaner." Freitag: "Der Zigeunerbaron." — **Lobe-Theater.** Donnerstag: "Im bunten Rot." Freitag: "Meine Vanna."

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag: Gruppe B, 2. Vorstellung: "Als ich niederkam..."

Zeitungarten.

Arra Mozza, Komödie-Schauspielerin.

Benedetti & Stewart, Gentleman-Schauspieler.

Burton u. Mayo, exzentrische Redakteurin.

Theodor Lippert, Gas.

Stjana und Eugenius und Zora-Schwarz.

Peter Hahn, Ella Caprice und Sophie Schubert.

Lola de la Sava, dreifache Sünde.

Anton, 8 Uhr.

Im Tunnel: Gute Gesellschaft, Gas und Sodafabrik.

Der Zettel: Gas und Sodafabrik.

<p

Berlager zu Nr. 18 der „Volksmacht“.

Donnerstag, den 22. Januar 1902.

Deutscher Reichstag.

243. Sitzung. Mittwoch, den 21. Januar. — 1 Uhr.
Am Bundesrat: Reichskanzler Graf Bülow, Graf von Posadowsky, Freiherr von Thielmann, von Goßler, v. Lippis, Kraatz.
Die erste Lesung des Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Richter (freil. Vp.):

Die schlechte Finanzlage ist zum großen Teil eine Folge der beibehaltenen Flottenpolitik. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler sprach von den vielen Streichungen im Etat. Im Marineetat ist davon wenig zu merken. Hat der Bundesrat es gewagt, irgend etwas vom Marinetat abzusehen? Nun sagt man, die Ausgaben für Bauten dürften nicht gestrichen werden mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit. Gerade im Baumwollgewerbe herrscht aber ein gewisser Aufschwung. Es handelt sich jedoch nicht nur um Bauten, sondern auch um den Erwerb von Grundbesitz. Da meine ich, daß es sinnlos ist, die Behörden in der Mitte der Stadt zu bauen. Bewundert habe ich mich über die Ankündigung eines Nachtragsetats für die venezolanische Blockade. Wo zu sind denn unsere Schiffe überhaupt da, wenn nicht einmal 3-4 von ihnen zu einer Blockade sollen abkommandiert werden können? Weshalb ist die bereits im vorigen Jahre prophezeite Räumung Tientsins noch nicht erfolgt? Okkasion kostet uns jährlich 40 Millionen, eine Summe, die nicht sehr unter dem Geläufigen unserer Ausfuhr zurückbleibt. (Hört! Hört! links.) Nach dem Bericht der Hamburger Kaufmannschaft wird hervorgehoben, daß sich der Chinahandel durchaus nicht in dem erwarteten Maße gehoben hat.

Redner geht nun auf den Kolonialetat ein. Mit Eisenbahnen allein ist unseren Kolonien nicht zu helfen, mit denen überhaupt nichts anzufangen ist, wenn man nicht Gold oder Diamanten findet.

Redner geht daran auf den Militäretat ein. Die anstehenden Kaisermonäker, die Herr Dr. Schäffer anführte, sind keineswegs vereinzelt aufgetreten. (Sehr richtig! links.) Wenn es eine Kavalleriefrage gäbe, so besteht sie in der Notwendigkeit, die Kavalleristen der bliebenen Metallhelme und alles dessen zu entledigen, was sie zur bequemen Zielschweife der feindlichen Waffen macht. Wie man bei der gegenwärtigen Finanzlage mit der Obersteuerantragslage kommen kann, ist mir rein unverständlich. Redner beharrt jedoch unter großer Heiterkeit des Hauses die Unterhaltung der Crefelder Chronistinnen mit dem Kaiser und die Verlegung der Tanzuhren von Düsseldorf nach Crefeld. Für diese Maßnahme ist der Kriegsminister verantwortlich. (Kriegsminister von Goßler nicht, Reichskanzler Graf Bülow ja!)

In der Korrektur der Einnahmen-Voranschläge der Regierung sollten wir nicht böde sein. Ein wirksames Mittel zur Hebung der Finanznot würde die Abschaffung der Liebesgaben sein. (Unruhe rechts.) Einen großen Teil der Schuld an der wirtschaftlichen Depression trägt die handelspolitische Unzulänglichkeit. (Sehr richtig! links.) 1879 dauerte die ganze Neuordnung der Handelsverhältnisse 7 Monate; jetzt müßt man 5 Jahre an der Geschichte herum. (Heiterkeit.) Wie soll man Geschäfte machen, wenn der Reichskanzler unsere fünfjährigen Handelsverträge als ein Buch mit 7 Siegeln bezeichnet?

Der Zuschaunaleihe werden wir nicht stimmen. Sie wird nur dazu führen, daß der Bundesrat das letzte Interesse an einer sparsamen Haushaltswirtschaft verliert. Zur Deckung der Kolonial- und Marineausgaben könnten sich eigentlich die unterschiedlichen alldutschen Verbände Sondersteuern auflegen. (Heiterkeit. Abg. Dr. Hesse lacht.) Ich hoffe doch, daß die Aldeutshälfte in ihrem patriotischen Eifer solche Separaturschläge mit Begeisterung aufzubringen werden, Herr Kollege Hesse. (Erneute Heiterkeit.)

Der Reichskanzler hat uns gestern die Sicherung des Wahlgeheimnisses zugesagt. Schön, sehr schön; ich hätte aber erwartet, daß er in einem folgenden Sitz die Gewährung von Stören zu gesagt hätte. (Heiterkeit, Zustimmung. links) — Der Reichskanzler ist verantwortlich nicht für das was geschieht, sondern auch für das, was unterlassen wird.

Als alter Parlamentarier erinnere ich mich noch genau der Zeit, wo der Name des Kaisers hier gar nicht genannt wurde. — Unter Wilhelm I. war das auch nicht nötig. Aber andere Seiten, andere Sitten! Die anderen Sitten sind uns aufgezwungen worden. (Sehr richtig! links.) Es ist eine kolossale Depression, wenn der Kaiser mit seiner Meinung sehr oft hervortritt und seine Äußerungen mit ihren Schwerwiegen den Folgen in allen Verhandlungen beprochen werden können, im Reichstage aber nicht. Das hat man auch eingesehen und die parlamentarische Besprechung aller Reden gestattet, die im „Reichsanzeiger“ gestanden haben. Das ist aber keine feste Grenze. Im Wissenschaftlichen Telegraphenbüro stehen

oft Dinge, die wichtiger sind, als die, die im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht werden. Ich begrüße daher den gestrigen Bedeckungsfall, wonach auch Sachen verbrechen werden dürfen, die durch das „B. L. B.“ verbreitet werden. Allerdings ist gleich wieder eine Verstärkung hinzu gefügt worden. Ich verstehe die gestrige Entscheidung des Präsidenten, gegen die ich ja nichts unternehmen kann, darin, daß abgesehen von einem Fall, alle Neuerungen des Kaisers zur Besprechung zugelassen werden sollen, die überhaupt ein öffentliches Interesse haben. Redner geht dann zum Swinemünder Telegramm über. Das Telegramm explodierte, als der Kanzler gerade von Berlin nach Barmen abgereist war. (Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß der Reichskanzler, wenn er vorher gefragt worden wäre, darauf hingewiesen hätte, daß das Telegramm gerade das Gegenteil des beabsichtigten Zwecks erreichen müste. (Der Reichskanzler nicht zustimmt.) Die Veröffentlichung ist das Entscheidende, aber gerade über sie ist der Reichskanzler hinweggeglitten. Diese Veröffentlichung aber kann nur auf Grund einer Verfassung erfolgt sein. Nach dem Reichsverfassung ist für solche Veröffentlichungen der Reichskanzler verantwortlich. Dem ohne Gegenzeichnung des Reichskanzlers ist eine Veröffentlichung ungültig. Wer hat die Anordnung gegeben? Gestern die Veröffentlichung hat die Gewissheit aus einer privaten zu einer öffentlichen gemacht. Dem Zentrum ist hier von der Regierung etwas beschert worden, was gemeinhin nur der Sozialdemokratie beschert wird. (Große Heiterkeit. Sehr wahr! i. Zent.)

Der Reichskanzler hat uns gestern das interne Verhältnis zwischen Kaiser und Kanzler geschildert. Dies Verhältnis ist aber nicht Gegenstand unserer Kritik; wir wissen überhaupt zu wenig davon, um darüber rechten zu können. Was uns interessiert, was bei uns anfällt, ist, daß noch außen öffentliche Kundgebungen und Veröffentlichungen erfolgen, bei denen der Reichskanzler vorher gar nicht gefragt worden ist. (Sehr richtig! links.)

Dabei kann man gar nicht sprechen von beiderseitigem guten Willen, denn der Reichskanzler ist ja gar nicht nach seinem Willen gefragt worden, sondern es hat einfach geheißen: *Supreme lex regis voluntas.* (Sehr richtig! links.) Diese Art der Ausschaltung der Minister muß im Inland wie im Ausland zu unläblichen Konsequenzen führen. Das ist nicht konstitutionell, das ist nicht einmal für einen absolutistischen Staat passend. (Sehr richtig! links.) Mit bestem Willen kann der Monarch, namentlich wenn man seinen befrüchteten Umgangszeit bedenkt, nicht alle Einzelheiten der Gesetzgebung und Verwaltung im Kopfe haben. (Sehr richtig! links.) Ich fasse mich oft an den Kopf und frage mich: wie ist es möglich, so etwas zu veröffentlichen? (Sehr richtig! i. ganzem Hause.) Ich weiß, es war in meiner Zeit so schwierig, Minister zu sein wie jetzt. (Graf Bülow nickt lächelnd. Große Heiterkeit bei allen Parteien.) Ich beneide die Herren keine wegss. (Graf Bülow nickt wieder. Erneute Heiterkeit.) Fürst Bismarck war nicht der Kämpfer, als er bezeichnet werden ist; er hat die „Kabinettfrage“ oft gelöst. Aber wenn die jetzige Kabinetsregierung so fortgeht, so müssen die Minister in der Tat zu Handlanger herabgedrückt werden. Das wäre bedauerlich im Interesse der Minister selbst und des Wohls des Ganzen, und nicht zum wenigsten der Krone selbst. (Beifall links.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.):

Herr v. Böllmar hat gestern in seiner Rede, deren Ton, wie ich anerkenne, vorteilhaft von dem der Reden seiner Partei-gegnern abstach, alle indirekten Steuern in Acht und Dunn getan. Aber gerade in sehr vorgesetzten Kulturländern ist das System der indirekten Steuern weit entwickelter als bei uns.

Der Reichskanzler erwähnte gestern die Handbemerkung des Kaisers zu dem Bericht des Fürsten Radolin, wonach die Bourgeoisie wenig geneigt zur Erfüllung sozialer Pflichten sei: „Ganz wie bei uns.“ Das ist unrichtig. Die deutsche Bourgeoisie in Stadt und Land hat ohne Murren trotz ihrer bedrängten Lage die Lasten der sozialen Gesetzgebung auf sich genommen.

Die Notlage der Landwirtschaft ist auch durch die Annahme des Zolltarifs nicht völlig gehoben worden.

Herr v. Wangenheim schätzt die landwirtschaftlichen Interessen mit seinem bekannten 7.50 Mrd.-Antrag ein wenig zu hoch ein. Ich bin überzeugt, daß die Regierung bei den nächsten Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft wahren, und daß sich auch keine landwirtschaftsfreudige Mehrheit hier im Reichstage finden wird. Der engere Ausschuß des Bundes der Landwirte hat starke Worte gegen Abgeordnete der konservativen Partei gerichtet. Der Bund der Landwirte, der für alle Parteien gegründet war, ist durch seine Erklärung über seine eigentlichen Befreiungshinausgegangen.

Unsere soziale Gesetzgebung hätte einen schnelleren und besseren Verlauf genommen, wenn wir noch ein Sozialistengesetz hätten. Gegenüber einer Partei, die die Fundamente unserer ethischen

Kultur umstürzen will, kann man nur mit einer besonderen Gesetzgebung auskommen. Die gestrigen Waffen, die man immer für den Kampf gegen die Sozialdemokratie forderte, müssen außerordentlich knapp gewesen sein; es sind ihnen so gut wie keine Erfolge gezeigt worden. (Befürchtung bei den Soz.) auch nicht selten bei Abg. Richter, der ja eine rechte gesellschaftliche Schrift gegen den Sozialismus geschrieben hat. (Lachen bei den Soz.) Wir haben es mit einer Partei zu tun, die eventuell eine gewalttätige Kultura der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht zurückdrückt. Abg. v. Böllmar hat sich auf den französischen Sozialismus berufen. Der französische Sozialismus ist aber extrem agrarisch. (Sehr richtig! rechts.) Was die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers anlangt, so muß ich angeben, daß wenn die gegenwärtigen Zustände fortbestehen, es dem Präsidenten immer schwerer wird, die Person des Kaisers vor der Debatte fern zu halten. Es könnte sonst dahin kommen, daß Majestätsbeleidigungen, die außerhalb des Raumes schwer bestraft werden, hier im Reichstag ausgesprochen würden. Hoffentlich trifft der Reichskanzler Maßregeln, um solchen Zuständen vorzubeugen.

Abg. Schröder (fr. Vgg.):

Der Führung der auswärtigen Politik durch den Reichskanzler kann ich meine Anerkennung nicht verlagen. Die Schwierigkeiten mit England stimmen nicht vom Reichskanzler, sondern von einer anderen Stelle; sie gehen namentlich auf eine gewisse Depesche zurück!

Wenn die französischen Sozialdemokraten für hohe Agrarzölle schwärmen, so ist das ihre Sache: die deutschen Sozialdemokraten wird das falt lassen. (Abg. Singer: Sehr richtig!) — Befreis der Guayaquil-Angelegenheit halten wir das Haager Schiedsgericht für die zuständige Stelle und sind dem amerikanischen Präsidenten dankbar, daß er die Vermittelung abgelehnt hat.

Ich wende mich nun zum Etat. Mit Herrn Richter stimme ich darin überein, daß vor allem am Marine- und Militäretat Abstriche vorgenommen werden müssen. Unsere Kolonien sind in einer gewissen Kurzahstimmung entstanden; da wir sie nun aber haben, sollten wir darauf Bedacht nehmen, sie auf alle Weise — namentlich durch Entwicklung der Verkehrsmitte — rentabel zu machen.

Die unverlässige Wirtschaftspolitik der letzten Jahre — Befreiungsgesetzgebung, Zolltarif — hat zu der jetzigen wirtschaftlichen Depression viel beigetragen. Im nächsten Reichstage wird die ganze Zolltariffrage unvermeidlich neu aufgerollt werden. In der berühmten Riesensitzung vom 13. zum 14. Dezember haben zwar die Mehrheitsführer die Grafen Bülow und Posadowsky bestimmt; aber der Bund der Landwirte wird mit neuen Forderungen hervortreten und das alte Spiel aufs Neue beginnen.

Es ist ganz unvermeidlich, daß der Reichstag sich mit den kaiserlichen Reden beschäftigt. Wusst' euer Weil erlaubt in, muß auch den Reichstag abgeordneten gestattet sein, sonst ist der ganze Parlamentarismus nichts wert. (Sehr richtig! links.) Die konservative Opposition ruft immer nach einem neuen Bismarck. Fürst Bismarck ließ sich von den Konservativen nicht bieten, was sich Graf Bülow bieten ließ. So der die Kürassierschleife an, so erschien auch Herr v. Krieger in Potsdam. (Heiterkeit.)

Die Angriffe auf die Redefreiheit der Abgeordneten werden dazu führen, daß gerade die Gruppen der Redefreiheit überstehen werden, die sich sonst jedermann gern gefallen lässt. Offiziell führt der Reichskanzler eine Aenderung herbei, indem er die gestrige Reichstagsschandlung dem Kaiser vorlegt und dafür sorgt, daß wir uns zukünftig nicht mit dem Kaiser, sondern mit dem Reichskanzler beschäftigen haben. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Seit 15 Jahren befolgt die Regierung gegenüber den Parteien die Parole: *Divide et impa!*

In der letzten Zeit ist viel von Arbeiterschule und Arbeiterdéputationen die Rede gewesen, die dem Kaiser Treue und Anhänglichkeit zusicherten und den denen man eine Schwächung der Sozialdemokratie erwarte. Die Sozialdemokratie wird sich dagegen verteidigen; wenn sie es hier nicht darf, wird sie es eben an anderswo tun. Der Wert solcher Kundgebungen ist mir sehr zweifelhaft; es ist unzweifelhaft, daß die Mehrheit der deutschen Arbeiter auf Seiten der Sozialdemokratie steht und daß jede Kriegserklärung gegen die Sozialdemokratie nur dazu führt, daß sich die Arbeiter immer mehr mit ihr identifizieren. (Sehr richtig! links.) Heute hat die deutsche Versicherungsgesetzgebung legendreich gewirkt, aber wenn der Reichskanzler die englischen Arbeiter, auf die er sich gestern bezog, fragen würde, ob sie ihre britischen Freiheiten mit den Wohltaten der deutschen Versicherung vertauschen wollten, so würden sie sicher antworten! „Das fällt uns gar nicht ein!“ (Sehr richtig! links.) Am besten machen wir die Arbeiter durch bessere Steuer-

Aus aller Welt.

Geltz-Sittlichkeit. Unser Elberfelder Bruderorgan gibt folgendes Blüsterbeispiel ultramontaner Heilige-Sittlichkeit: Ein Kunsthändler in dem schwarzen Münster hatte im Hinter seines Ladens ein Bild ausgestellt, das eine Nubierin vorstellen soll. Die Nubierin ist von den Hüften aus bis zu den Haaren allerdings in sitzender, absolut nicht herausfordernden Stellung nackt gemalt, wenn man nicht die großen Ohrringe als Kleidungsstücke betrachte. Will man das Bild sehen, so muß man in der engen Salzstraße schon den Kopf arg in die Höhe recken. Dies hat nur anscheinend jemand getan; denn dieser Jemand läßt sich im „Münsterischen Anzeiger“ Nr. 13 folgendermaßen ans:

In den hiesigen Kunsthallen war es bisher läblicher Bruch, Bilder, an denen man Antiß nehmnen konnte, nicht in die Schauauslagen zu stellen. Zu unserem lebhaften Bedauern, namentlich im Hinterl auf die Jugend, macht die Firma Karl Heilbrock hier selbst eine unerhörte Ausnahme in dieser Beziehung. Wir hoffen, daß der Druck der Dissenlichkeit die Entfernung des verdeckten Bildes zuwege bringen wird, nachdem eine unter der Hand erfolgte Anregung fruchtlos geblieben ist.

Was ist nun die Folge dieser Lokalnotiz? Nicht etwa, daß das Bild entfernt worden ist — nein, daß ganz Münster, groß und klein — männlich, weiblich, säflich, in Schätz an dem Hause vorüberzog, sich den Hals verdrehte, vorüberging und nach hundert Schritten umdrehte, um noch einmal demilde seine Reverenz zu bezeigen.

„Lieb Vaterland, magst ruhig sein.“ Ein belehrter Patriot schreibt der „Münchner Post“ unter gleichzeitiger Übermittlung des Beitrages von 20 Mark für den sozialdemokratischen Wahlfonds: „Gebrüder Redaktion! Auf Veranlassung der gestern bestiechenen Kesselsberger „Drecksresserei“ (Siehe Nr. 12 der „Volkswoche“: Schlesische Soldaten sind eingekerkert) überließt ich Ihnen 20 Mark zum Wahlfonds. Es ist diese Leistung ein glänzendes Zeugnis militärischen Gehorsams und Disziplin, worauf wir Deutsche stolz sein können und das Ausland uns sicher darum bedienen wird. Wenn ein deutscher Soldat, der des „Königs Rücktritt“ auf „dienstlichen Befehl“ Drecks tritt, denselben speist, hierauf wieder fröhlt, können wir mit soldaten Soldaten die Welt erobern. Lieb Vaterland, magst ruhig sein!“

Einer, der gestern noch Patriot war.

Ein Gebrüderdrama. Ein Gebrüderdrama hat sich Dienstag Abend in Sowda ereignet. Als der Arbeiterseiger nach Hause zurückkehrte, fand er seine Wohnung verschlossen. Während er einen Schlosser holte, versuchte ein Mann, sich an einem zusammengebundenen Strick aus dem Fenster der 3. Treppe hoch zu ziehen. Wiederholte Versuche, der Strick riss jedoch und der Mann, ein früherer Schafzüchter, der mit der Frau des Arbeiters Beziehungen unterhielt,

blieb schwer verletzt liegen. Die Frau machte einen Selbstmordversuch, indem sie sich einen Revolverbüchsen in den Kopf beibrachte. Vorher hatte sie ihre 9jährige Tochter ebenfalls durch einen Schuß verwundet.

Eine ganze Familie durch Wurst vergiftet. Ein erschütternder Vorfall hat sich in Sommerfeld in der Mark abgespielt. Als Freitag früh der Laden des Sattlermeisters Musch in der Nikolaistraße nicht geöffnet wurde, wurde die Polizei aufmerksam gemacht, die sich Eingang verschaffte. In der Wohnung bot sich ein furchtbarer Anblick dar. Neben einer Wiege, in der sich das kleinste Kind der Familie befand, lag Frau Musch tot auf dem Fußboden; ferner wurden ein zweijähriges und ein zweijähriges Mädchen entdeckt. Bewußtlos, aber noch lebend, traf man den Sattlermeister Musch und seine sechsjährige Tochter an, während das Kind in der Wiege vollkommen munter war. Nach den bisherigen Feststellungen liegt Vergiftung, verursacht durch den Genuss von Grünkraut, vor. Das traurige Geschick der Familie erweckt allgemeine Teilnahme. In dem Aufkommen des Mannes und seiner sechsjährigen Tochter wird gezweifelt.

Kindersegen. Einen Rekord im Kindersegen hat der Fuhrmann Engels in Kardorf (Köln) aufgestellt. Er meldete dieser Tage sein dreizehntes Kind auf dem Standesamt. Engels ist zum zweiten Male verheiratet; aus der ersten Ehe stammten 17, aus der zweiten 13 Kinder. Sein Haus ist ihm begreiflicherweise zu klein geworden und der jetzt 60-jährige Mann muß sich nach einer größeren Wohnung umsehen.

Ein Bild sozialen Elends bot eine Verhandlung vor dem Schwurgericht in Wesel gegen einen Landstreiter wegen Unterschlagung und Umlauffälschung. Der arme Teufel hat sechs Kinder und ein Gebalt von 50 Mrd. monatlich, das erst die letzten zwei Monate seiner Dienstzeit auf 70 Mrd. erhöht worden war. Als Wohl seiner Handlung giebt der Angeklagte an, seine Kinder hätten von ihm Brot verlangt, da er kein Geld gehabt, habe er sich an dem anvertrauten Gelde vergreift, um Brot zu kaufen. Später hat er dann das Gelde wieder ersezt und an seine Adresse abgeführt. Die Geiseltoren verneinten die Schuldfrage, worauf die Freispruchung erfolgte.

Beim Schlittschuhlaufen. In der Nähe von Gremmendorf bei Lübeck brachen beim Schlittschuhlaufen drei Gymnasten ein. Zwei ertranken.

Drei Personen ertranken am Sonntag Abend in der Deime bei Schladen (Ostpreußen), indem sie vom Eis aus in eine offene Stelle gerieten. Mehrere von den zu Hilfe Eilenden brachen, nach der „Röntgenb. Hart. Ztg.“, ebenfalls ein, konnten aber gerettet werden.

Zwei ertranken auf ähnliche Weise in Luisenburg und Rostock. Vier Schulknaben, in Neubrandenburg zwei Männer und in Rostock ein Knabe.

Durch eine Kesselerlosion in einer Eisensfabrik zu Bilston (Grafschaft Stafford) wurden zwei Personen getötet und neun schwer verletzt.

Der irische Dampfer „Upupa“, der der City of Cork Steam-Packet-Companie angehört und auch Postdienste verrichtet, wird seit Freitag Morgen vermisst und ist auf der Reise von Cardiff nach Cork mit seiner ganzen Besatzung in einem Sturm untergegangen. Schiffsrumpf, Boote, Rettungsgürtel u. s. w. zum Teil mit dem Namen „Upupa“, auch drei Leichen von Personen, die zum Schiff gehörten, sind schon gefunden worden. Der Dampfer hatte eine Besatzung von 26 Mann und 14 Fahrgäste an Bord.

Bergunfall. Aus Essen wird berichtet, daß auf der Bergprinzregent durch schlagende Wetter zwei Bergleute tödlich verletzt worden sind. Ein Bergarbeiter starb in den Schacht und blieb tot.

Im Klämischen Theater zu Büssel fiel Sonntag Abend während der Vorstellung ein 20. bis 22. jähriger junger Mann von der 2. Galerie aus einer Höhe von ungefähr 80 bis 90 Meter ins Parkett. Er wollte aus der zweiten Reihe des genannten Platzes über die niedrige Lehne in die erste Reihe steigen, trat fehl und stürzte losfahrend in den Saal. Ein der elektrischer Lampen des zweiten Balkons blieb er an seinen Kleiderbügeln hängen und fiel an der linken Seite zwischen Logen und Parkett in den schmalen Gang nieder. Im Fallen streifte er den Arm einer Dame, die ziemlich schwer verletzt ist, er selbst blieb bewußtlos liegen. Viele Damen wurden ohnmächtig. Nach zehn Minuten erst waren zwei Bergleute zur Stelle. Nach vielen Bemühungen gelang es, den jungen Mann wieder zur Bewußtsein zu bringen. Man führte ihn ins Krankenhaus St. Jean über, das er nach ungefähr 35 Minuten zu Fuß verließ; er hat, nach der „Köln. Ztg.“,

